



24.031

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028

Encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pour la période 2025–2028

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Wir führen eine gemeinsame Eintretensdebatte zu den Vorlagen 1 bis 16 durch. In der Detailberatung behandeln wir zuerst die Vorlagen 13 bis 16, welche die Rechtsgrundlagen für die Rahmenkredite schaffen, und anschliessend die Vorlagen 1 bis 12 mit den Rahmenkrediten. Ich begrüsse Bundesrat Parmelin zur heutigen Sitzung.

AB 2024 S 728 / BO 2024 E 728

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Bildung, Forschung und Innovation (BFI) sind für die Schweiz, unsere Bevölkerung und unsere Unternehmen lebenswichtig. Stand und Entwicklung des BFI-Bereichs gehören zu den Erfolgsfaktoren einer international wettbewerbsfähigen Schweiz. Eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraums sind für die persönliche Entwicklung jedes und jeder Einzelnen, für die Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt unerlässlich. Die Akteure des BFI-Bereichs tragen dazu bei, dass der gesellschaftliche und technische Wandel bewältigt und dessen Chancen genutzt werden können. Dieses Verständnis wird wohl von allen in diesem Saal geteilt. Es gehört zu unserem schweizerischen Selbstverständnis. Dass aber die Finanzierung des BFI-Bereichs nicht so selbstverständlich ist, zeigt nun die Diskussion um die vorliegende Botschaft. In der Diskussion um die Wachstumsraten, die wir uns erlauben können oder sollen – sind es 1,6 Prozent, sind es 1,7 Prozent oder weniger oder mehr? –, gehen häufig die Qualität und Entwicklungsschwerpunkte des BFI-Bereichs vergessen. Klar hängt Qualität auch von den Ressourcen und deren Bewilligung ab. Aber gleichwohl ist es wichtig, zu wissen, welche Schwerpunkte mit dieser Botschaft geplant und möglich sind, dies nach Massgabe des bundesrätlichen Entwurfes, der von der Kommission grossmehrheitlich unterstützt wird.

Wir wissen es, von den BFI-Akteuren und Kantonen wird kritisch eingewendet, dass ein nominales Wachstum von weniger als 2 Prozent eine Stagnation bedeute. Ich meine, diese Signale sind ernst zu nehmen. Wenn heute von einer Konsolidierung die Rede ist, so ist zu hoffen, dass auch in Zukunft Entwicklungen möglich sind, auch vor dem aktuellen finanzpolitischen Horizont. Umgekehrt soll nicht der Eindruck entstehen, mit der jetzigen Botschaft, die ein Wachstum von 1,6 Prozent vorsieht, könne nur Bestehendes verwaltet werden.





Vielmehr ist das Setzen von Schwerpunkten möglich, die wir uns in der Kommission in einem separaten Bericht erläutern liessen.

Kurz zusammengefasst: Ein Schwerpunkt wird bei der kompetitiven Forschungs- und Innovationsförderung – das sind der Schweizerische Nationalfonds und die Akademien der Wissenschaften – gelegt. Damit verbunden sind unter anderem Exzellenzinitiativen wie die bekannte nationale Swiss Quantum Initiative und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Forschungsk Kooperationen. Der internationale Austausch wird auch in der Bildung gestärkt, nämlich über Programme der Förderagentur Movetia. Ein weiterer Schwerpunkt liegt schliesslich auf der Weiterbildung, die angesichts des Fachkräftemangels von Bedeutung ist. Schwerpunkte und Priorisierungen sind also möglich. Dabei darf aber die Grundausrüstung nicht vergessen gehen. Es geht hier z. B. um die Grundbeiträge an unsere Hochschulen, die primär für deren Kernauftrag, die Lehre, gedacht sind. Bei steigenden Studierendenzahlen und unter Berücksichtigung der Teuerung hier die Qualität zu halten, ist eine Herausforderung.

Für die Kommission waren folgende Gedanken begleitend: Die erwähnten Schwerpunkte werden begrüsst. Im Übrigen anerkennen wir, dass derzeit Kontinuität und Konsolidierung angesagt sind. Schliesslich sollen die Bundesfinanzen mit der Begrenzung des Wachstums auf 1,6 Prozent jährlich über die ganze Botschaft hinweg nicht überstrapaziert werden, damit dem Bundesrat und dem Parlament für die künftigen Jahre auch unter Einhaltung der Schuldenbremse noch etwas Spielraum bleibt. Entsprechend spricht sich die Kommissionsmehrheit gegen Anträge für eine Erhöhung gemäss Beschluss des Nationalrates aus, aber auch gegen generelle Kürzungen. Die Linie des Bundesrates erscheint der Kommissionsmehrheit als vernünftig. Diese bewirkt keine plötzlichen Einschnitte, erlaubt realistischere aber auch kein grosses Wachstum und kaum ein reales. Umso mehr sind von allen BFI-Partnern erhöhte Effizienz, Kreativität und eine innere Priorisierung gefordert. Schliesslich sind wir uns auch bewusst, dass die Kantone bei der Finanzierung der Berufsbildung und der kantonalen Fachhochschulen und Universitäten gefordert bleiben.

Aufgrund der Langfristigkeit der BFI-Politik, das kann man nicht nur über vier Jahre betrachten, sei ein Blick auf das Wachstum des BFI-Bereichs und dessen Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in den letzten zwanzig Jahren erlaubt; diese Zahlen verstehen sich ohne Covid-19-Sonderaufwendungen. Von 2002 bis 2023 – in rund zwanzig Jahren – verzeichnete der BFI-Bereich ein jährliches Wachstum von 3,2 Prozent. Dieses lag über dem Wachstum der Gesamtausgaben von 2,4 Prozent. Der Anteil Bildung und Forschung an den Gesamtausgaben lag im Jahr 2007 noch bei 8,1 Prozent und ist bis 2023 auf 10 Prozent gestiegen. In dieser langfristigen Optik behält der BFI-Bereich also seine wichtige Bedeutung. Das Parlament hat den BFI-Bereich jeweils klar unterstützt, auch angesichts steigender Studierendenzahlen und vermehrter Aufträge an die Forschungsinstitutionen.

Wenn nun dieser Anteil von Bildung und Forschung an den Gesamtausgaben des Bundes gemäss Vorlage des Bundesrates und gemäss Mehrheitsbeschluss unserer Kommission wieder unter 10 Prozent zu sinken droht, so bereitet das den BFI-Akteuren ernsthafte Sorge. Ich meine, das Verhältnis zwischen den Erwartungen an die BFI-Akteure, deren Verpflichtungen und Leistungen, einerseits und deren finanzieller Ausstattung andererseits muss im Lot sein. Das braucht in den nächsten Jahren sicher besondere Sorgfalt.

Schliesslich zu den Minderheitsanträgen: Bei den einzelnen Beschlüssen stehen sich oft eine Minderheit Stark und eine Minderheit Stocker gegenüber. Beide Minderheiten weichen mit ihren Anträgen massgeblich – entweder gegen unten oder gegen oben – nicht nur vom bundesrätlichen Entwurf, sondern auch von den Beschlüssen des Nationalrates ab. Die Anträge der Minderheit Stark bewirken real ein Nullwachstum, die Anträge der Minderheit Stocker dagegen berücksichtigen die finanzpolitische Grosswetterlage in ungenügender Weise. Ich bitte Sie namens der Kommissionsmehrheit, diese Pol-Anträge jeweils abzulehnen. Da diese jeweiligen Pol-Anträge oder radikaleren Minderheitsanträge in verschiedenen Beschlüssen eine Rolle spielen, gebe ich Ihnen hier kurz die hauptsächliche Begründung für deren Ablehnung, ich muss sie dann nicht immer wiederholen.

Zuerst zum Minderheitsantrag Stocker, welcher bei allen Finanzbeschlüssen mit Ausnahme von Entwurf 9 vorgebracht wird: Dieser Minderheitsantrag wird jeweils von 4 Stimmen aus unserer Kommission unterstützt. Er orientiert sich am bundesrätlichen Entwurf in der Vernehmlassung und geht auf das damalige Wachstumsniveau zurück; damals, in der Vernehmlassung, wurde mit einem Wachstum von nominal 2 Prozent gerechnet, was die Minderheit Stocker nun wieder beantragt.

Der Bundesrat musste sich in der Botschaft bekanntlich auf ein Wachstum von 1,6 Prozent beschränken; die Querschnittkürzungen musste der Bundesrat nicht nur im BFI-Bereich, sondern auch in anderen schwach gebundenen Ausgabenbereichen vornehmen, um der bekannten Finanzsituation Rechnung zu tragen und um die Schuldenbremse einhalten zu können. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit muss also die Finanzsituation berücksichtigt werden: Auch wenn es hier nur um einen vierjährigen Zahlungsrahmen geht, wollen wir nicht



jetzt schon die Schuldenbremse ritzen. Zudem würde man bei den BFI-Akteuren eine falsche Hoffnung auf zusätzliche Mittel wecken, wenn man den Zahlungsrahmen im durch die Anträge der Minderheit Stocker beantragten Umfang erhöhen würde. Bei den Budgetberatungen müssten dann wieder Kürzungen beschlossen werden. Das wäre im Lichte der Berechenbarkeit unserer BFI-Politik nicht richtig.

Umgekehrt lehnt die Kommissionsmehrheit auch die Anträge der Minderheit Stark ab. Diese werden in insgesamt acht Finanzbeschlüssen – also nicht gerade überall, aber in acht Beschlüssen – vorgebracht. Diese Minderheit geht gerade in die andere Richtung als die Minderheit Stocker. Die Minderheit Stark möchte die Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite auf ein nominales Wachstum von 1 bis 1,2 Prozent beschränken. Die Begründung ist der bekannte anstehende Ausgabenüberschuss von rund 2,5 Milliarden Franken, der in der Finanzplanung in den Jahren 2027 und 2028 eingeplant ist. Bei allem Verständnis für die finanzpolitischen

AB 2024 S 729 / BO 2024 E 729

Sorgen lehnt die Kommissionsmehrheit diese vorzeitigen Sparbeiträge mit 9 zu 3 Stimmen jeweils klar ab. Das gemäss den Anträgen der Minderheit Stark noch ermöglichte Wachstum wäre real null. In der Konsequenz könnte der Bund z. B. bei der Berufsbildung den vorgesehenen Richtwert, einen Finanzierungsanteil von 25 Prozent, nicht mehr erreichen, obwohl die Lernendenzahlen steigen. Belastet würden die anderen BFI-Berufsbildungspartner, nämlich die Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt. Mit der Annahme der Anträge der Minderheit Stark würde somit eine reale Stagnation der Finanzmittel einhergehen, und man könnte zusätzlichen Herausforderungen, die im Bereich Forschung und Innovation nun einmal bestehen, nicht mehr genügend begegnen. Wir würden riskieren, im internationalen Wettbewerb zurückzufallen. Und schliesslich kommen Forschungsfördergelder nicht zuletzt unseren Schweizer Hochschulen in den Kantonen zugute, die in den nächsten Jahren ein Studierendenwachstum von 13 bis 15 Prozent stemmen müssen.

Es wäre also pro Kopf ein Rückschritt, wenn man hier den Anträgen der Minderheit Stark folgen würde. Real wäre es ein Bremsmanöver und würde zu einer ungenügenden Ausstattung in einem für die Schweiz vitalen Bereich führen. Nicht einmal die gestrenge Finanzkommission geht so weit. Diese hält sich an die bundesrätlichen Anträge und wünscht sich einzig, wenn man aufstockt, kompensatorische Massnahmen, aber keine generelle Kürzung "overall".

Schliesslich noch zum Vorgehen: Auch vom Vorgehen her erscheint es uns falsch, nun Sparbeiträge aufgrund des in Aussicht stehenden Defizites 2027/28 zu beschliessen. Erstens würden im heutigen Zeitpunkt die schwach gebundenen Ausgaben tangiert – die stark gebundenen sind noch geschützt. Und zweitens sind die Vorschläge der Arbeitsgruppe Gaillard bekanntlich erst publiziert worden. Sie sind weder vom Bundesrat politisch bewertet noch vernehmlasst oder von den Räten beraten worden. Es braucht hier eine Gesamtsicht und eine gesamtheitliche Abwägung, bevor strukturell dem Milliardendefizit zu Leibe gerückt wird. Zudem sind die heute beschlossenen Zahlungsrahmen bekanntlich Maximalbeträge; dieses Dach wird dann jährlich jeweils mit dem Budgetbeschluss konkretisiert, bestätigt oder unterschritten.

Ich bitte Sie also schon jetzt, sowohl die Anträge der Minderheit Stark als auch jene der Minderheit Stocker abzulehnen. Die Anträge beider Seiten gehen zum heutigen Zeitpunkt zu weit, jeweils in die andere Richtung. Diese Minderheitsanträge – da müssen Sie aufpassen – haben jeweils andere Bezifferungen, nämlich I, II, III oder IV. Sie können sich aber einfach Folgendes merken: Die Minderheit Stocker will zu viel aufstocken, die Minderheit Stark zu stark kürzen. (*Heiterkeit*)

Von der Stossrichtung des Nationalrates her gibt es dann noch die Minderheiten Graf Maya und Wasserfallen Flavia, die in der Regel dem Nationalrat folgen wollen. Der Nationalrat hat ja an verschiedenen Orten um etwa 150 Millionen Franken aufgestockt. Diese Anträge werden dann in der Detailberatung zu reden geben. Ich möchte der Transparenz halber sagen, dass ich persönlich diese Anträge der Minderheiten Graf Maya und Wasserfallen Flavia zum Teil unterstütze, nämlich bei den Vorlagen 4, 5 und 7.

Ich unterstütze auch die Anträge für eine gleichmässige Verteilung der Mittel auf die vier Planjahre. Ich hatte die entsprechenden Anträge in der Kommission eingebracht, aber im Rat habe ich als Kommissionssprecher die Vertretung dieser Anträge meiner Kollegin überlassen. Ich hatte diese Beiträge – das noch meine Interessenbindung – als Präsident des politischen Beirates von Future eingebracht; Future ist ein Netzwerk von Hochschul- und Wissenschaftsinstitutionen. Damit ist auch dieses Interesse hier deklariert. Persönlich meine ich, dass die ETH, der Schweizerische Nationalfonds und die Akademien der Wissenschaften zentrale Pfeiler unserer Forschung und Innovation sind, denen man Sorge tragen sollte.

Beim Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz gibt es dann ein Konzept. Dort geht es um die Verschiebung von Mitteln von einem Topf in den anderen, also um eine kostenneutrale Umschichtung. Persönlich kann ich dem zustimmen. Aber die Kommissionsmehrheit möchte, dass Sie sich auch bei dieser Mittelumverteilung strikt an die bundesrätlichen Vorgaben halten.





Im Resultat schliesslich – damit komme ich zum Schluss meiner Ausführungen zum Eintreten – entsprechen die Anträge der Mehrheit unserer Kommission mit zwei kleinen Ausnahmen jeweils den Anträgen des Bundesrates und auch jenen der Mehrheit der Finanzkommission, dort, wo sich diese hat vernehmen lassen. Keinen Minderheitsantrag und keinen Einzelantrag gibt es gegen das Eintreten. Das ist schön.

Ich beantrage namens der Kommission bzw. Mehrheit der Kommission Eintreten und dann Zustimmung zu den Gesetzesanpassungen und auch zu den Finanzbeschlüssen, die jeweils in den Gesamtabstimmungen in der Kommission angenommen wurden.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Die Finanzkommission hat die BFI-Botschaft 2025–2028 an ihrer Sommertagung im Wohnkanton ihres Präsidenten Jakob Stark beraten. Die Vorlage wurde von Martina Hirayama, der Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, Rémy Hübschi, dem stellvertretenden Direktor des SBFI, und Fabienne Marti Locher, der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Strategie und nationale Beziehungen, vorgestellt. Weil der Präsident der FK-S, Ständerat Jakob Stark, mehrere Minderheitsanträge als WBK-Mitglied eingereicht hat, hat er mir die Vertretung der Anträge der Finanzkommission übertragen.

Die Finanzkommission hat der WBK im Juli ihren Mitbericht übermittelt und zusätzlich von ihrem Recht gemäss Artikel 50 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes Gebrauch gemacht, neben dem Übermitteln des Mitberichtes an die vorberatende Kommission auch Anträge an den Rat zu stellen. Das ist eigentlich eine Ausnahme. Die Anträge von Mehrheit und Minderheit der Finanzkommission sind demzufolge auf der Fahne aufgeführt.

Die Finanzkommission hat die Vorlage vor dem Hintergrund der heiklen Finanzlage des Bundes vorberaten. Der Bundesrat beantragt für diesen Aufgabenbereich für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt 29,2 Milliarden Franken. In der vergangenen Vierjahresperiode standen 27,86 Milliarden Franken zur Verfügung, 1,34 Milliarden Franken weniger. Der Mehraufwand für die kommende Vierjahresperiode entspricht einem durchschnittlichen nominalen Wachstum von 1,6 Prozent. In der Botschaft hat der Bundesrat eine Teuerung von 1 Prozent eingestellt. Somit resultiert für diesen Bereich ein reales Wachstum von 0,6 Prozent.

Dieses sektorale Wachstum ist im Vergleich zu anderen Bundesausgaben unterdurchschnittlich. Gemäss integriertem Aufgaben- und Finanzplan liegen die durchschnittlichen Wachstumsraten über die ganze Bundesverwaltung in der Planperiode 2024–2028 bei 2,7 Prozent. In die Überlegungen sind aber auch die Wachstumsraten der vergangenen Jahre einzubeziehen. Interessant ist nämlich die Ausgabenentwicklung in den Jahren 2003 bis 2023. Im Jahr 2003 gab man noch 4,4 Milliarden Franken pro Jahr für Bildung und Forschung aus. Im Jahr 2023 waren es 8,2 Milliarden Franken. Das ist ein Plus von 3,8 Milliarden Franken, fast eine Verdoppelung. Diese Summe entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,2 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Bundesausgaben durchschnittlich um 2,4 Prozent.

Der Bildung haben wir also immer mehr Mittel als den anderen Bundesaufgaben zugesprochen. Dies zeigt, welche Bedeutung wir der Bildung, Forschung und Innovation zugestehen. Diese Ausgaben oder, anders gesagt, diese Investitionen haben sich auch gelohnt. Wir haben ein hohes Bildungsniveau, qualifizierte Arbeitnehmende, die besten Ausbildungsstätten, ein innovatives Umfeld und kompetitive Unternehmen. Die Finanzkommission will diesen hohen Standard beibehalten, erachtete dafür die vom Bundesrat beantragten Verpflichtungskredite als angemessen und sieht aus finanzpolitischen Gründen keinen Anlass, der vom Nationalrat beschlossenen Erhöhung um 150 Millionen Franken zuzustimmen. Die Kommission führte aber keine sachtechnische Debatte, sondern wollte diese Aufgabe der WBK überlassen. Nach einer finanzpolitisch geprägten Diskussion

AB 2024 S 730 / BO 2024 E 730

beantragt die Kommission mit 9 zu 4 Stimmen, den Entwurf des Bundesrates integral, also mit den gesetzten Schwerpunkten, anzunehmen und keine Aufstockung vorzunehmen.

Wir haben die Bundesbeschlüsse und Kredite nicht einzeln beraten und beschlossen. Aufgrund des Grundsatzentscheides wurden unsere Mehrheits- und Minderheitsanträge bei allen abweichenden Finanzbeschlüssen des Nationalrates in der Fahne eingetragen. Da der Nationalrat sowohl Aufstockungen als auch Kürzungen der Kredite vorgenommen hat, kommt es bei zwei Positionen zu Inkohärenzen. Die Minderheit möchte trotz finanzieller Restriktionen beim Bund Anpassungen bei den Krediten vornehmen und Gewichtungen bei bildungsschweren Punkten setzen. Sie unterstützt demzufolge die Beschlüsse des Nationalrates – so viel zu den Kreditbeschlüssen. Ich empfehle Ihnen, in der Regel den Anträgen Ihrer Finanzkommission zu folgen.

Noch ein paar Überlegungen zur Anzahl Studierender und zu den Studiengebühren, Sie konnten ja auch den Medienberichten entsprechende Aussagen entnehmen: Insgesamt hat sich die Anzahl Studierender von 141 412 im Jahr 2003 auf 260 809 im Jahr 2023 erhöht, das ist fast eine Verdoppelung. Es zeigt sich, dass der





Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an der Gesamtheit der Studierenden seit dem Jahr 2000 in jedem Hochschultyp zugenommen hat. Besonders ausgeprägt ist das Wachstum, sowohl das prozentuale als auch das absolute, bei den beiden ETH: bei der ETH Zürich von 17,1 Prozent auf fast 45 Prozent und insbesondere bei der EPFL von 23,3 Prozent damals im Jahr 2003 auf fast 60 Prozent im Jahr 2023. Der Anteil ausländischer Studierender an der EPFL liegt also über der Hälfte.

Gründe für diese Entwicklung sind sicher die hervorragende Bildungsqualität unserer Institutionen wie auch die tiefen Studiengebühren. Die schweizerischen öffentlich-rechtlichen universitären Hochschulen und die Fachhochschulen erheben im internationalen Vergleich eher moderate Gebühren. So betragen die Studiengebühren an den Hochschulen für Bildungsinländerinnen und -inländer zwischen 970 und 3400 Franken pro Jahr. Bildungsausländerinnen und -ausländern werden aktuell an sieben von zwölf universitären Hochschulen zum Teil deutlich höhere Studiengebühren berechnet. Sie reichen von 1400 Franken bis rund 19 000 Franken im Jahr. Diese höchste Gebühr erhebt die HSG für einen Masterlehrgang. Auch acht der neun Fachhochschulen sehen höhere Studiengebühren für Bildungsausländerinnen und -ausländer vor. Sie reichen von 1600 Franken bis 31 700 Franken. Anders ist es an der ETH und der EPFL. Sie betragen nur 740 Franken pro Semester. Gemäss ETH-Gesetz können die Studiengebühren vom ETH-Rat angepasst werden, also nicht wir haben hier eine Kompetenz.

Nach eingehender Diskussion stellte die Finanzkommission mit 8 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der WBK den Antrag, den Beschluss des Nationalrates zu unterstützen, wonach für ausländische Studierende mindestens dreimal so hohe Gebühren erhoben werden sollen wie für Schweizer Studierende. Scheinbar hat sich der ETH-Rat an seiner Sitzung vom 10. und 11. Juli dieses Jahres für eine Verdreifachung dieser Studiengebühren ausgesprochen. Sie soll per Herbstsemester 2025 eingeführt werden. Es ist also noch nicht definitiv, aber dieser Beschluss verdient sicher unsere Unterstützung.

Ich empfehle Ihnen, unseren Überlegungen und Anträgen zu folgen.

Hurni Baptiste (S, NE): La minorité de la Commission des finances a pris en considération le fait que le message FRI prévoit une augmentation d'à peine 1,6 pour cent de l'enveloppe quadriennale, ce qui a entraîné une diminution des budgets prévisibles pour les institutions de l'ordre de 500 millions de francs. On doit aussi souligner le fait que les investissements de 2025, par exemple, seront inférieurs à ceux de 2024, ou encore mettre en exergue la coupe de presque 100 millions de francs pour le domaine des EPF. Bref, la minorité de la commission approuve entièrement l'ambition du message, à savoir celle de rester à la pointe en matière de formation, de recherche et d'innovation, mais constate que la version proposée par le Conseil fédéral n'a pas les moyens de son ambition. On restreint la croissance des budgets de manière importante dans ce domaine. Or, faut-il le rappeler, il s'agit de la seule et unique matière première de notre pays. Oui, la matière grise, la capacité d'innover, d'être à la pointe dans la recherche et la formation constitue la richesse première de notre pays. On peut dire que, jusqu'à présent, nous l'avons alimentée, soutenue et nourrie pour qu'elle continue de prospérer, mais que ce message constitue, si ce n'est un changement de cap, à tout le moins une inflexion dans la mauvaise direction.

Alors oui, il est vrai qu'il ne faut pas peindre le diable sur la muraille et que les moyens mis à disposition, de l'ordre de 29,2 milliards de francs pour la période, restent importants. Les réductions d'augmentation du Conseil fédéral sont relativement modestes et on ne peut pas dire qu'on abandonne ce domaine clé. Il reste bien doté, nous le reconnaissons. Mais il faut souligner, dire et redire que, dans ce secteur extrêmement concurrentiel, le changement d'inflexion va dans le sens de la médiocrité et non de l'excellence que nous cherchons à défendre. Il apparaît à la minorité que, même d'un point de vue purement financier et économique, il est faux de couper dans ces domaines. C'est l'innovation et ses deux mamelles, la formation et la recherche, qui font la richesse de notre pays plus que n'importe quel autre secteur. Dans ces circonstances, il est apparu à la minorité que l'on devait donner un signal pour que cette inflexion ne devienne pas la règle, même si ce signal est très modeste. En effet, le gouvernement prévoyait 1,6 pour cent d'augmentation du budget et le Conseil national a, lui, décidé de donner un peu plus, un tout petit peu plus, à savoir 1,7 pour cent d'augmentation, soit 152 millions de francs sur l'ensemble de la période quadriennale.

Comme le rapporteur de la Commission des finances l'a dit, notre commission s'est bornée à une discussion générale et n'a pas procédé, pour son corapport, à une discussion par article des 16 arrêtés. Toutes mes minorités sont donc en fait un seul concept, qui consiste à suivre la version un peu plus équilibrée, de notre point de vue, du Conseil national pour le message FRI que la version du Conseil fédéral. C'est la raison pour laquelle j'aurais désiré un vote, puisque la Commission des finances ne s'est, elle, exprimée qu'une fois sur ces deux concepts, mais c'était techniquement impossible de le faire, et donc ma minorité se répète inlassablement. Je ne prendrai donc la parole qu'une fois, c'est fait, en vous indiquant que si le premier vote



sur ma minorité est négatif, alors certaines minorités, puisqu'il s'agit d'un concept, n'ont plus de sens et je les retirerai. Cela signifie aussi que si vous décidez d'adopter une de mes propositions de minorité, je vous encourage à toutes les adopter; je le répète, il s'agit d'un seul et même concept. Encore une fois, la minorité ne vous propose pas ce qui était requis par les hautes écoles ou les planifications financières antérieures, mais uniquement de desserrer un tout petit peu les cordons de la bourse au profit d'un domaine qui fait la réputation de notre pays, qui est générateur d'un nombre extrêmement élevé d'emplois et qui, finalement, est le cœur de la bonne santé financière de notre économie. Nous ne vous demandons donc pas d'être généreux, mais uniquement de ne pas scier la branche sur laquelle nous sommes assis.

Stocker Simon (S, SH): Ich äussere mich gerne zur BFI-Botschaft und werde auch bereits meinen Minderheitsantrag begründen. Ich mache das später dann nicht mehr im Einzelnen, sondern mache es jetzt in einem Mal. Ich werde die Minderheitsanträge aber jeweils aufrechterhalten, weil es doch hin und wieder Mehrheiten für Minderheitsanträge gibt.

Was macht den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz aus? Und was macht uns erfolgreicher als andere Nationen? Es sind die klugen Köpfe, die an den Hochschulen forschen und die Kenntnisse in die Wirtschaft tragen, und es sind schlussendlich die Unternehmerinnen und Unternehmer, die in der Wirtschaft Innovationen entwickeln und damit Arbeitsplätze schaffen. Der Erfolg schlägt sich auch in Zahlen nieder: Den Schweizer Unternehmen geht es gut, und das sieht man auch an den sprudelnden Steuereinnahmen.

Auch der Bildungsplatz Schweiz ist weiterhin sehr gefragt. Kollege Hegglin hat die Zahlen erwähnt, es wird auch in

AB 2024 S 731 / BO 2024 E 731

Zukunft eine starke Zunahme der Lernenden an den Berufsfachschulen sowie der Studierenden an Hochschulen und Universitäten erwartet. Das ist erfreulich. Allerdings benötigen die Hochschulen und Universitäten Planungssicherheit, um im globalen Wettbewerb weiterhin führend zu bleiben.

Die BFI-Botschaft, auch die BFI-Botschaft zeigt einmal mehr das Dilemma, in dem wir aktuell stecken. Wir brauchen Investitionen, wir brauchen finanzielle Mittel. Ich halte die einseitige Sichtweise auf Sparmassnahmen deshalb für falsch. Notwendig wären gezieltere und realistischere Ausgaben und sinnvolle und gerechtere Mehreinnahmen. Ich glaube durchaus, dass wir diejenigen Unternehmen und deren Gewinne steuerlich in die Pflicht nehmen dürfen, die von unserer Bildungsinfrastruktur profitieren. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Wenn wir die Mittel für Bildung, Forschung und Innovation kürzen, sägen wir am Ast, auf dem wir sitzen.

Ich möchte einen Blick auf die Vernehmlassung werfen. Diese zeigt, dass ich mit meiner Auffassung nicht alleine bin. Insgesamt haben in der Vernehmlassung zur BFI-Botschaft 110 Teilnehmende zum gesamten Fördervolumen und zum Wachstum Stellung genommen – 110! Davon halten 103 die geplante finanzielle Förderung von 2 Prozent – das war die Vernehmlassungsversion – für zu gering, und 2 halten sie für eher zu hoch. Sie sehen das auf Seite 9 des Ergebnisberichtes zur Vernehmlassung. Nebst beinahe allen Kantonen haben sich auch die Parteien und Verbände zum Wachstum geäussert. Beispielsweise unterstützen die FDP und die Mitte wie auch Economiesuisse und der SGV die Version aus der Vernehmlassung. Es ist also in gar keiner Weise ein Pol-Antrag, wie das Kollege Michel dargestellt hat, und ich bin bei Weitem nicht der einzige "Aufstocker". (*Teilweise Heiterkeit*)

Trotz dieser eindeutigen Forderung nach mehr finanziellen Mitteln hat der Bund in der vorliegenden Botschaft jedoch das Gegenteil getan. Statt des als zentral erachteten Wachstums von 2,5 Prozent – das war die meistgenannte Zahl – plant der Bund lediglich ein nominales Wachstum von 1,6 Prozent. Das bedeutet gegenüber der Vernehmlassung eine Reduktion um 0,4 Prozent. Meine beantragte Aufstockung ist eigentlich ein Antrag auf Verzicht der Kürzungen des Bundesrates, und sie ist ein Kompromiss. Sie ist ein Kompromiss zwischen dem aktuellen Entwurf des Bundesrates und einer Annäherung an die in der Vernehmlassung geforderte Zahl; dennoch erreichen wir bei Weitem noch nicht diese 2,5 Prozent.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Botschaft einzutreten und dann bei den einzelnen Entwürfen meiner Minderheit zu folgen.

Stark Jakob (V, TG): Ich vertrete hier alle meine Minderheitsanträge und werde deshalb auch nur einmal sprechen. Zu Beginn möchte ich festhalten, dass das, was ich Ihnen im Rahmen meiner Minderheiten beantrage, keine Sparmassnahmen sind. Es ist der Verzicht auf ein reales Wachstum, insofern wird also ein Betrag in der Höhe des realen Wachstums gespart. Ob das Anträge der Pole sind, bleibt zu diskutieren, wobei ich einfach froh bin, wenn man mich nicht als Pol Pot betrachtet. (*Heiterkeit*) Und, Kollege Michel, ich bin natürlich auch froh darüber, dass ich hier so schön in der Mitte sitze, wenn Sie das so vergleichen.

Immer noch als Einleitung: In ihrem Bericht hat die Expertengruppe Gaillard zum Beispiel konkret vorgeschla-





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



gen, bei Innosuisse um 10 Prozent zu kürzen, wenn auch sehr, sehr verantwortungsbewusst. Wie Sie vielleicht wissen, und das ist ja meine Motivation, haben wir in der Finanzplanung 2026–2028, also in dem Zeitraum, auf den sich die BFI-Botschaft erstreckt, Ausgabenüberschüsse in der Höhe von bis zu 3 Milliarden Franken. Meiner Meinung nach braucht es deshalb eine Anpassung der Finanzplanung, die mit Augenmass erfolgt, eine Anpassung, die von allen Sektoren einen Beitrag verlangt, ohne deren Funktionen zu gefährden.

Das betrifft auch die Botschaft und die Bundesbeschlüsse zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028. Die Anträge meiner Minderheit betreffen alle BFI-Positionen, bei denen das Jahreswachstum mehr als 1 Prozent beträgt; der Kommissionspräsident hat das sehr gut wiedergegeben. Überall dort also, wo das Wachstum über der angenommenen Teuerung liegt, gibt es Anträge. Diese sind immer so formuliert, dass das jährliche Wachstum irgendwo zwischen 1,0 und 1,2 Prozent liegt. Das bedeutet, dass bei allen Positionen, die hier involviert sind, das reale Niveau des Volumens gemäss Voranschlag 2024 – also nicht für die Jahre 2021 bis 2024 zusammengekommen – garantiert wird. Die Minderheit, ich sage es nochmals, schlägt nirgends eine reale Kürzung vor. Es gibt keinen Abbau!

Das ist mir wichtig, denn in der Botschaft steht: "Die Schweiz soll im für die Wohlfahrt des Landes fundamentalen BFI-Bereich eine führende Stellung behalten. Sie schafft damit nachhaltige Perspektiven für Individuen, Gesellschaft und Wirtschaft." Das kann, falls Sie die von uns gestellten Anträge annehmen, auch so stehen bleiben. Denn in der Botschaft steht ebenfalls: "Aufgrund der weiterhin bestehenden finanziellen Risiken stellen die beantragten Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite Obergrenzen dar, die nur bei positiver Entwicklung der Haushaltlage ausgeschöpft werden können."

Ich glaube nicht, dass es ausreicht, wenn das so geschrieben steht. Wir müssen den Zahlungsrahmen etwas einschränken, um die richtigen Signale an die Organisationen und die Kantone auszusenden und ihnen aufzuzeigen: Es ist jetzt an der Zeit, überall zu prüfen, wo man Aufgaben mit den gleichen Mitteln bewältigen kann; es kann mit diesem Wachstum nicht mehr wie bis anhin weitergehen; man kann die Aufgaben genau gleich erledigen, und weder die Qualität noch die in diesen Bereichen führende Stellung der Schweiz werden in irgendeiner Weise tangiert.

Die Anträge meiner Minderheit betreffen zum Teil sehr kleine Beiträge. Aber auch Kleinvieh macht Mist. Wenn man alles zusammenzählt, ergibt sich gegenüber der Botschaft des Bundesrates eine Reduktion der Gesamtsumme um 184,5 Millionen Franken bzw. 0,63 Prozent. Gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates ergibt sich eine Reduktion um 379,1 Millionen Franken bzw. 1,29 Prozent.

Ich habe jetzt gesamthaft argumentiert und empfehle Ihnen auch, allen Minderheitsanträgen zuzustimmen. Trotzdem haben wir die Minderheitsanträge nicht als Konzept eingegeben. Somit besteht für den Rat die Möglichkeit, differenziert zu kürzen. Aber ich rufe Sie zu Folgendem auf: Stimmen Sie unseren Anträgen integral zu. Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz bleiben auch so auf einem exzellenten Niveau. Auch die Sicherheit ist damit garantiert, mit garantierten 29 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre.

Graf Maya (G, BL): Bildung, Forschung und Innovation sind zentral für die Sicherung von Wohlstand, für gute und genügend Fachkräfte, für die Erarbeitung von Lösungen für künftige Herausforderungen und für den Erhalt von gesunden und nachhaltigen Lebensbedingungen für die Schweizer Bevölkerung. Um den Fortbestand dieses qualitativ hochwertigen und international wettbewerbsfähigen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereichs auch in der anstehenden Leistungsperiode 2025–2028 sicherzustellen und vor allem darüber hinaus die Weichen richtig zu stellen, braucht es genügend Mittel. Hier zu investieren und nicht zu sparen, ist gerade für uns, für die Schweiz, essenziell. Wissen, Bildung, Forschung, Erfindergeist und deren Umsetzung in kluge Lösungen, auch durch die Gründung von Unternehmen – dies ist der wertvollste Rohstoff, den wir haben. Jede Stagnation in der Finanzierung dieser Bereiche wirkt sich mittel- und langfristig auf diese Leistungsfähigkeit und eben die Qualität aus. Der Bund muss also seine volle Verantwortung auch in finanziell schwierigen Zeiten – oder gerade dann, würde ich sogar sagen – in der gleichen Intensität wahrnehmen.

Die Wichtigkeit des BFI-Bereichs wird von niemandem von uns bestritten. Doch wir müssen feststellen, dass auch dieser durch die Schuldenbremse ins Stocken bzw. "ins Starke" gerät, so müssten wir hier sagen. Und ich muss hier zudem festhalten: Zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren werden im Jahr 2025 die gesamten Investitionen des Bundes im BFI-Bereich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Das betrifft insbesondere die Berufsbildung, den ETH-Bereich, den Schweizerischen Nationalfonds und die Akademien der Wissenschaften Schweiz. Sie sind gezwungen, zu Beginn der neuen Finanzierungsperiode kurzfristig zu sparen. Die

AB 2024 S 732 / BO 2024 E 732

Finanzierungsperiode beginnt am 1. Januar 2025, also in ein paar Monaten.

Diese Hüst-und-hott-Politik verunmöglicht den betroffenen Institutionen eine sorgfältige finanzielle Planung.





Sie schadet ihrer Autonomie, und sie kann langfristige Auswirkungen auf ihre Qualität haben. Das können wir heute korrigieren. Denn im Rahmen der Querschnittskürzungen für das Jahr 2024 wurden die Ausgaben ja bereits um 2 Prozent gesenkt.

Wie Sie wissen, stand im Vernehmlassungsentwurf zur BFI-Botschaft noch ein bescheidenes reales Wachstum von 1 Prozent, also von nominal 2 Prozent. Es war deutlich unter den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Nun müssen wir aber feststellen, dass die heutige Bundesratsvorlage noch von einem nominalen Wachstum von nur 1,6 Prozent ausgeht. Teuerungsbedingt liegt das Mittelwachstum aber weit tiefer. Damit wird der Druck an wichtige Institutionen wie die Berufsbildung oder die kantonalen Hochschulen weitergegeben, welche auch und vor allem für die Kantone entscheidend sind. Das sind Bereiche, bei denen unterdurchschnittliche Wachstumsraten resultieren.

Daher sollten Sie heute wenigstens die vom Nationalrat vorgenommenen kleinen, aber gezielten finanziellen Korrekturen und Erhöhungen am BFI-Zahlungsrahmen vornehmen. Sie sind insbesondere für die Kantone absolut wichtig, weil sie priorisieren und somit eine Wirkung erzielen. Der Nationalrat hat uns einen gangbaren Weg aufgezeigt und den Zahlungsrahmen insgesamt um bescheidene 152,2 Millionen Franken leicht erhöht. Das wäre ein nominales Wachstum von 1,7 Prozent.

Ich persönlich werde auch die Minderheiten Stocker unterstützen, welche ein durchschnittlich 2-prozentiges Wachstum verlangen. Denn wie Sie in einem Schreiben der EDK, also von den Kantonen, lesen konnten, ist es für die Kantone zentral wichtig, dass wir den Zahlungsrahmen insgesamt mindestens um durchschnittlich 2 Prozent erhöhen. Die Kantone hatten ja 2,5 Prozent Wachstum erwartet, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Denn Fakt ist, dass der Bund die Kosten für den BFI-Bereich mit der vorliegenden Botschaft stärker auf die Kantone verlagert, dies, obwohl die Kantone bereits heute den Grossteil der finanziellen Verantwortung tragen. Zusammen mit den Gemeinden kommen die Kantone für rund 80 Prozent der Kosten aller öffentlichen Aufgaben im Bereich Bildung, Forschung und Innovation auf.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie auch, alle Anträge der Minderheit Stark unbedingt abzulehnen, die sogar die vom Bundesrat vorgesehenen bescheidenen Mittel noch kürzen will.

Gapany Johanna (RL, FR): Vu notre réalité et l'augmentation des dépenses, ce message offre des perspectives à notre pays. Pour exploiter tous les efforts faits par le passé et tous les investissements faits dans la recherche et la formation, il faut aujourd'hui absolument éviter une rupture, et donc viser la stabilité. Faire des économies dans ce domaine, je crois qu'on le sait tous, est une mauvaise idée. Evidemment, il n'est pas question de gaspiller, ni de faire des économies, mais bien de viser cette stabilité. On est et on restera le pays qui fait de la formation la clé pour garantir l'égalité des chances; le pays qui fait de la recherche et de l'innovation des moteurs de croissance, de création d'emplois, des piliers aussi pour une bonne qualité de vie.

Dans l'ensemble, même si le contexte est particulier et la réalité financière un peu compliquée, ce message est positif pour notre pays. Tant sous l'angle de la formation et de la recherche que sous l'angle des finances, c'est un investissement déterminant pour l'avenir. Parce que, chaque début d'année, on scrute les comptes en espérant que les recettes confirmeront que l'économie va bien et que l'on aura les ressources pour faire face aux besoins futurs. Plutôt que de devoir faire des choix difficiles, plutôt que de devoir augmenter des taxes ou des impôts, on détient un outil qui réduit ce risque. Les investissements dans la recherche, la formation et l'innovation laissent envisager une création de valeurs, d'emplois et de recettes fiscales. La preuve se trouve dans les comptes, même quand on sait que la situation est compliquée. En début d'année, le Conseil fédéral a communiqué les comptes 2023. On s'attendait à une année difficile, avec un déficit de plus de 4 milliards de francs. On est finalement arrivé à un déficit de financement de 1,4 milliard de francs. Ce n'est pas parfait, mais c'est mieux que prévu. Parmi les bonnes nouvelles, on retrouve les recettes, les recettes ordinaires, avec une progression de l'impôt fédéral direct de 3,1 milliards de francs. Ce n'est pas un hasard. C'est bien sûr le travail de l'économie privée. C'est aussi un choix politique: le choix d'investir dans l'avenir, de nous donner les moyens de faire face à nos besoins grâce à une économie qui va bien, une économie qui peut compter sur une certaine stabilité, sur une formation de qualité et sur un certain soutien dans plusieurs domaines clés. Cela concerne bien sûr la recherche et l'innovation, mais aussi d'autres domaines.

Quand on regarde ce qui se passe au niveau de la recherche, on voit que c'est un travail d'équipe. Sur les 22 milliards de francs investis chaque année, selon le rapport du SEFRI sur les investissements dans la recherche et le développement, 6 milliards viennent du public et 16 milliards du privé. On voit donc bien que la part de la Confédération est une part du puzzle. Ce sont les fondations de la maison. On pourrait faire mieux. Mais, aujourd'hui, dans le contexte actuel, on ne peut pas faire plus. Par contre, on ne peut pas faire moins non plus. Faire moins, ce serait affaiblir ces fondations. Ce serait affaiblir la qualité de la formation. Ce serait mettre en danger le développement économique futur. Je ne doute pas de notre volonté de donner des perspectives



positives à notre pays.

Le projet présenté par le Conseil fédéral va dans le bon sens. Personnellement, je le salue. Je le soutiens dans la majorité des cas, avec certaines adaptations, qui ne mettent pas en danger la stabilité générale et qui permettent finalement de donner encore plus d'optimisme dans ces journées un petit peu grises d'un point de vue financier. Si l'on tient compte du renchérissement, la croissance est inférieure au message précédent. Si l'on tient compte de nos moyens actuels, cette croissance est supportable. Elle est nécessaire. Elle peut aussi rendre notre travail plus simple, puisque quand les recettes vont bien, quand elles sont stables et bonnes, cela évite aussi des décisions difficiles; d'où l'importance de la stabilité et la nécessité d'éviter une rupture.

C'est dans ce sens que je soutiendrai majoritairement le projet du Conseil fédéral, ainsi que quelques adaptations décidées par le Conseil national.

Bischof Pirmin (M-E, SO): Wir haben in dieser Session bereits verschiedentlich, in allen möglichen Zusammenhängen, den Bericht der Expertengruppe Gaillard erwähnt. In einer Finanzdebatte kann man darüber streiten, ob wir in unserem Land ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem haben. In dieser Frage sind die Gräben sehr tief, und man kann sehr unterschiedlicher Meinung sein.

Ich bin der Auffassung, dass wir im Bereich der Bildung ein ausgeprägtes Einnahmenproblem haben – ein Einnahmenproblem, kein Ausgabenproblem. Die Unterlagen und auch das Votum von Kollege Hegglin zeigen uns, dass wir in unserem Land einen äusserst wertvollen Rohstoff haben, und das ist die Bildung. In diesem Bereich sind wir weltweit gesehen hervorragend; man kann es nicht anders sagen. Das bezieht sich auf den ganzen Bildungsbereich. Ich konnte selber erleben, dass dem wirklich so ist, als ich eine Zeit lang in den Vereinigten Staaten lebte.

Wir haben eine gute Primar- und Sekundarschule, die grösstenteils unentgeltlich ist; das ist ein unglaublicher Fortschritt für unser Land. Und wir haben zu einem guten Teil sehr gute bis hervorragende Hochschulen. Wir haben insbesondere zwei technische Hochschulen, die dem Bund gehören und die in der Liga der zehn besten Universitäten der Welt spielen. Es gibt für diese beiden Institute auf dem europäischen Kontinent keine Konkurrenz mehr. Diese beiden Schulen müssen sich nur noch mit zwei oder drei Spitzenuniversitäten in Grossbritannien und einigen Universitäten in den Vereinigten Staaten messen.

Kollege Hegglin hat gesagt, wie sich die Studentenzahlen entwickelt haben. Insgesamt, und das ist für die Schweiz sehr erfreulich, haben sich die Studentenzahlen sehr stark erhöht. Wir bilden heute pro Kopf der Bevölkerung also wesentlich

AB 2024 S 733 / BO 2024 E 733

mehr junge Menschen an Universitäten aus als noch etwa vor zehn oder zwanzig Jahren. Geändert hat sich aber insbesondere der Anteil der ausländischen Studentinnen und Studenten an den Hochschulen, und hier wiederum vor allem an den beiden ETH. Mit dem Ausländeranteil meine ich jetzt nicht Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz wohnen, sondern Bildungsausländer, also Menschen, die aus dem Ausland in die Schweiz kommen, um an einer schweizerischen Hochschule zu studieren. Dieser Anteil liegt bei der ETH inzwischen bei 45 und bei der EPFL bei sagenhaften 60 Prozent.

Und der Preis für das Studium ist erstaunlich: Das Papier des WBF spricht von moderaten Preisen, doch der Preis ist nicht moderat, der Preis für diese Ausbildung ist geradezu lächerlich. Die ETH erhebt heute eine Semestergebühr von etwa 700 Franken. Der ETH-Rat hat beschlossen, diese Gebühr zu verdreifachen. Selbst mit dieser Verdreifachung sind wir zehnmal günstiger – zehnmal günstiger! – als die vergleichbaren Schulen auf dieser Welt. Das gilt insbesondere für den europäischen Raum, aber es gilt auch weltweit.

Es ist an sich schön und gut, wenn wir das machen. Aber auf europäischer Ebene werden diese massiven Subventionen, die wir in diesem Bereich unseren Nachbarländern gegenüber erbringen, im Horizon-Programm nicht einmal angerechnet. Unter dem Strich heisst das für mich, dass wir hier wahrscheinlich die Einnahmenpolitik überdenken müssten. Im Bereich der beiden eidgenössischen Schulen haben wir die Gesetzgebungshoheit, wir können das ETH-Gesetz ändern. Heute könnte der ETH-Rat gar nicht höher gehen als diese moderate Verdreifachung, weil wir die Gesetzgebung so gemacht haben. Diese können wir ändern. Die Kantone hingegen sind in ihrem Bereich frei, Erhöhungen zu machen oder nicht zu machen. Es sind finanzstärkere und finanzschwächere Kantone; es ist ihr freier Entscheid. Auf Bundesebene, und da haben wir die beiden wirklichen Eliteschulen auf dieser Welt, sind wir meines Erachtens aufgerufen, die Gebührensituation drastisch zu verändern, insbesondere deshalb, weil der Bereich Bildung und Forschung auch in den nächsten Jahren und in finanziell schwieriger Zeit nicht weniger, sondern mehr Mittel brauchen wird. Da ist es an sich nicht angängig, dass wir die Bildung ausländischer Studenten, so sehr sie in der Schweiz auch willkommen sind, in einem solchen sehr hohen Millionenumfang subventionieren. Hier ist also die Lage zu überdenken.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Im Übrigen bin ich für Eintreten auf die Vorlage und natürlich sehr dafür, dass wir unseren Bildungs- und Forschungsstandort auf diesem Niveau erhalten können.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Dans ce message, le Conseil fédéral tire un bilan de la période en cours et fixe les objectifs et les mesures de la période d'encouragement à venir. Il vous soumet 12 arrêtés fédéraux au total pour un volume de dépenses de 29,2 milliards de francs pour la période FRI 2025–2028. Avec cette enveloppe, le Conseil fédéral poursuit un objectif clair: maintenir la Suisse à la pointe dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation.

Le message FRI constitue le fondement du financement dans les domaines suivants: la formation professionnelle, la formation continue, les hautes écoles – c'est-à-dire en particulier le domaine des écoles polytechniques fédérales, mais également des universités cantonales et hautes écoles spécialisées – ainsi que la recherche et l'innovation – c'est-à-dire le Fonds national suisse, Innosuisse, les académies et les établissements de recherche dits d'importance nationale. Le Conseil fédéral prévoit un financement solide et équilibré dans ces différents domaines. Il met l'accent sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation, fondé sur le principe de la compétition.

Par le présent message, le Conseil fédéral vous soumet des modifications de quatre lois fédérales: la loi sur la formation professionnelle, la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles et la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation.

Notre système FRI, conjointement soutenu par la Confédération, les cantons, les organisations du monde du travail et l'économie, est extrêmement performant. Le niveau de formation dans notre pays ne cesse d'augmenter depuis plusieurs années, et cette évolution, comme plusieurs d'entre vous l'ont dit, contribue grandement à lutter contre la pénurie de personnel qualifié et à renforcer ainsi la compétitivité de notre économie. Si le taux de chômage est bas en Suisse, c'est également grâce à des mesures de formation adaptées au marché du travail. Notre système dual de formation professionnelle, orienté vers la pratique, suscite un intérêt dans le monde entier et constitue un atout majeur pour notre pays.

Nos hautes écoles sont également très réputées. Elles occupent régulièrement les premières places dans les classements internationaux. Le paysage suisse de la recherche est lui aussi très compétitif au niveau international. La Suisse est l'un des pays les plus innovants, et ce, grâce à un encouragement public de l'innovation qui fonctionne bien, et surtout grâce à notre économie performante et innovante.

Dans ce contexte, le message FRI pour la période 2025–2028 permet de relever des défis majeurs. Les mesures proposées dans ce message, qui visent à accroître le personnel qualifié, profiteront non seulement à toutes et tous, mais également à notre économie dans son ensemble. Nous renforçons la compétitivité internationale, un domaine particulièrement important dans le contexte géopolitique actuel. De plus, les mesures du message FRI nous permettront de mieux répondre aux enjeux du changement climatique, de l'approvisionnement énergétique, de la transformation numérique et aussi aux questions de santé.

Le message FRI porte en effet sur quatre thèmes transversaux majeurs, à savoir la numérisation, le développement durable, l'équité et la coopération nationale et internationale. Il me semble également important de préciser que ce message n'inclut pas le financement nécessaire à l'association de la Suisse aux programmes de l'Union européenne dans le domaine FRI. Il n'inclut pas non plus le financement de participations internationales liées à des accords de droit international et à des contributions obligatoires. Il n'inclut pas non plus le financement de la recherche de l'administration fédérale, ce qu'on appelle la "Ressortforschung".

Le message FRI 2025–2028 est le premier message FRI à avoir été soumis à une procédure de consultation. Dans le cadre de celle-ci, l'orientation générale adoptée dans le message a été largement soutenue. Il y a eu plus de 200 prises de position. Toutefois, des critiques claires ont aussi été exprimées. En effet, la grande majorité des acteurs qui ont pris position ont formulé des critiques sur les dispositions financières.

Pour beaucoup d'entre eux, et cela a été rappelé par certains d'entre vous, les objectifs ambitieux du Conseil fédéral ne pourront pas être atteints avec les moyens prévus.

Vous connaissez toutes et tous la situation des finances fédérales: elle va rester tendue encore ces prochaines années. Afin de pouvoir respecter le frein à l'endettement, le Conseil fédéral a dû et devra certainement encore prendre des décisions difficiles. C'est ainsi qu'après la consultation, le volume total des contributions prévues dans le message a dû être réduit de 0,5 milliard de francs. Il s'élève désormais à 29,2 milliards de francs, ce qui représente, il faut tout de même le noter, 1,3 milliard de francs de plus que pour la période de financement actuelle. Le taux de croissance annuelle est ainsi passé de 2 pour cent à 1,6 pour cent en valeur nominale. Cela signifie donc, compte tenu du renchérissement, que les moyens disponibles pourront plus difficilement répondre aux besoins générés par l'augmentation du nombre de participants dans tous les domaines de la formation. Mais c'est un fait, en raison de la situation financière et géopolitique actuelle, le besoin de priorisation





et d'efficacité se fera encore plus pressant pour tous les acteurs FRI dans la période qui va débiter.
En conclusion, la formation, la recherche et l'innovation sont et resteront essentielles à la prospérité de notre pays. Notre système FRI est stable, et c'est l'un des facteurs du succès de la Suisse. Il est important, non seulement pour chacun de

AB 2024 S 734 / BO 2024 E 734

nous, mais aussi pour l'ensemble de la société, et il faut donc continuer à en prendre soin.
Je me permets d'insister, le Conseil fédéral soumet au Parlement un message équilibré qui s'inscrit dans une perspective globale, qui consolide les acquis et qui met l'accent aussi sur des domaines prometteurs.
Je vous prie par conséquent d'entrer en matière sur le projet, de suivre les propositions du Conseil fédéral.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

13. Bundesgesetz über die Berufsbildung **13. Loi fédérale sur la formation professionnelle**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I, II
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule; ch. I, II
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 24.031/6712)
Für Annahme des Entwurfes ... 39 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

14. Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen **14. Loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung; Art. 2 Titel, 3bis, 3ter; 17 Abs. 2, 6, 7; 25a Abs. 1 Bst. c
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction; art. 2 titre, 3bis, 3ter; 17 al. 2, 6, 7; 25a al. 1 let. c
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 34d
Antrag der Mehrheit
Abs. 2bis
... werden höhere Studiengebühren festgelegt. Diese betragen mindestens das Zweifache der Studiengebühren nach Absatz 2.





Abs. 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Gmür-Schönenberger, Gapany, Maret Marianne, Salzmann, Würth)

Abs. 2bis

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit II

(Salzmann)

Abs. 2bis

... werden höhere Studiengebühren festgelegt. Diese betragen, abgestimmt auf die Fachrichtung, das Drei- bis Fünffache der Studiengebühren nach Absatz 2.

Antrag der Minderheit III

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Abs. 2bis

Gemäss geltendem Recht

Art. 34d

Proposition de la majorité

Al. 2bis

... des taxes d'études plus élevées sont fixées. Celles-ci sont au moins deux fois plus élevées que les taxes d'études visées à l'alinéa 2.

Al. 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Gmür-Schönenberger, Gapany, Maret Marianne, Salzmann, Würth)

Al. 2bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité II

(Salzmann)

Al. 2bis

... des taxes d'études plus élevées sont fixées. Selon la branche d'études, celles-ci sont trois à cinq fois plus élevées que les taxes d'études visées à l'alinéa 2.

Proposition de la minorité III

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Al. 2bis

Selon droit en vigueur

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Beim ETH-Gesetz entbrannte nur hier, aber eben gerade hier, bei den Gebühren, die Diskussion. Das ist die Diskussion, die Kollege Bischof vorhin auch angezogen hat. Der Nationalrat hat diese Diskussion lanciert; eigentlich hat sie der ETH-Rat angestossen. Er hat nämlich im März 2024 noch entschieden, am derzeitigen Gebührensystem nichts zu ändern und somit ausländischen Studierenden keine höheren Gebühren aufzuerlegen. Das hat die Diskussion natürlich befeuert.

Es stellt sich also die Frage, ob es hier nicht eine zusätzliche Quelle für die Finanzierung gibt, welche die ETH und die EPFL besser ausschöpfen sollten. Man muss wissen, dass die Erträge aus Studiengebühren per heute zwar lediglich rund 1,6 Prozent der gesamten ETH-Finanzierung ausmachen. Eine Erhöhung würde also den finanziellen Engpass, der mit der jetzigen Botschaft bei den ETH entsteht, nicht kompensieren. Das muss man ehrlicherweise sagen. Umgekehrt kann man sagen, das Potenzial sei nicht ausgeschöpft.

Die Mehrheit unserer Kommission ist der Ansicht, dieses Potenzial sei besser auszuschöpfen. Wir haben hinsichtlich der Studiengebühr für aus dem Ausland kommende Studierende mehrere Varianten einer Erhöhung diskutiert: mindestens das Zweifache, mindestens das Dreifache – gemäss Nationalrat – oder das Drei- bis



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Fünffache. Die Mehrheit schlägt Ihnen den minimalen Faktor 2 vor. Die anderen Varianten werden dann von den Minderheiten vertreten; es sind die Minderheit I (Gmür-Schönenberger) und die Minderheit II (Salzmann). Schliesslich möchte die Minderheit III (Wasserfallen Flavia) am heutigen Gesetzestext festhalten. Ich glaube, die Diskussion um diese Varianten betrifft eine Frage der Grundhaltung, der Governance, und es ist die Frage, welche politischen Vorgaben wir dem ETH-Rat machen. Es geht mehr um die Zukunft, denn auf das heutige Resultat kommt es im Moment, gerade heute, noch nicht so an.

Mit allen Varianten ist der jüngste Beschluss des ETH-Rates von Anfang Juni – er wurde zitiert – umsetzbar. In einer ersten Lesung hat der ETH-Rat vorbehaltlich der internen Konsultation nämlich beschlossen, für aus dem Ausland kommende Studierende eine um das Dreifache erhöhte Studiengebühr zu erheben. Diese um das Dreifache erhöhte Studiengebühr kann bei jeder Variante, die wir nun diskutieren,

AB 2024 S 735 / BO 2024 E 735

umgesetzt werden. Wie gesagt, hat dieser Beschluss natürlich für die Zukunft eine Bedeutung.

Ganz kurz: Die Minderheit II (Salzmann) und die Minderheit III (Wasserfallen Flavia) geben dem ETH-Rat einen Plafond vor: maximal das Dreifache bzw. das Drei- bis Fünffache. Beim Antrag der Kommissionsmehrheit sowie beim Antrag der Minderheit I (Gmür-Schönenberger) gibt es ein Minimum: entweder mindestens das Zweifache gemäss Kommissionsmehrheit oder mindestens das Dreifache gemäss der Minderheit I. Wir haben also zwei Grundsatzfragen: Geben wir dem ETH-Rat ein Minimum oder ein Maximum vor, und falls ja, in welcher Höhe? Vonseiten der Minderheit III (Wasserfallen Flavia) wird eingewendet, man möchte am Status quo festhalten; die Autonomie des ETH-Rates sei nicht zusätzlich zu beschränken. Dazu zwei Punkte: Schon heute, also im geltenden Gesetzestext, definiert ja der Gesetzgeber einen Rahmen, also einen Maximalrahmen, hier das Dreifache. Wir haben also schon eine Vorgabe gemacht. Sodann hat der ETH-Rat in seinem schon zitierten jüngsten Beschluss explizit auf den politischen Willen des Nationalrates von damals referenziert, er respektiert also offenbar diese politischen Signale. Schliesslich kann es auch eine Stärkung der Gebührenpolitik der ETH sein, wenn wir dem ETH-Rat klare Vorgaben machen.

Ich bitte Sie somit im Namen der Kommissionsmehrheit, neu einen minimalen statt maximalen Rahmen zu setzen und dieses Minimum auf das Doppelte der Grundgebühr festzulegen. Das gibt dem ETH-Rat einerseits eine klare Stütze, aber gleichzeitig genug Luft, genug Spielraum nach oben – mehr Spielraum, als er heute mit dem vorgegebenen Maximum hat. Angesichts der Qualität der ETH – es wurde erwähnt –, der grossen Anziehungskraft und der international vergleichsweise tiefen Gebühren verträgt es mindestens eine Verdoppelung der Gebühren, und das erfolgt, wie gesagt, über eine Minimalvorgabe. Dieser Antrag hat mit 6 zu 5 Stimmen gegenüber dem geltenden Recht – das entspricht der Minderheit III – obsiegt, und ich empfehle Ihnen, der Mehrheit unserer Kommission zu folgen.

Bevor andere Sprecher das Wort ergreifen, scheint es mir noch wichtig, etwas zum Übergangsrecht zu sagen, weil sich die Kommission damit beschäftigt hat. Wenn wir jetzt mit dem Gesetz das Regime ändern und den ETH-Rat quasi zwingen, die Gebühren zu erhöhen, stellt sich die Frage, in welchem Stadium des Studiums das erfolgen kann. Eine angemessene Übergangsregelung ist wichtig. Die Frage ist, ob wir im Gesetz eine solche vorsehen müssen oder nicht.

Der ETH-Rat plant den Übergang wie folgt: Im Rahmen einer Übergangsregelung sollen bereits immatrikulierte Studierende ihr Bachelor- oder ihr Masterstudium ohne Gebührenerhöhung abschliessen können. Nur bei einem Neueintritt ins Bachelorstudium oder bei einem Wechsel ins Masterstudium soll die höhere Gebühr anfallen, also nicht während des laufenden Studiengangs.

Die Kommission liess durch die Verwaltung mit Unterstützung des Bundesamtes für Justiz die Frage klären, ob dem ETH-Rat diese Kompetenz zur Regelung des Übergangs in dieser Art schon heute zukomme oder ob wir eine Regelung definieren müssten. Die Antwort war klar, nämlich wie folgt: Gemäss Artikel 34d Absatz 3 des ETH-Gesetzes regelt der ETH-Rat für alle bereits immatrikulierten Studierenden die Übergangsbestimmungen, um Härtefälle zu vermeiden. Wichtig ist nun, dass mit Härtefällen nicht zwingend Einzelfälle gemeint sind – so die Auslegung des Bundesamtes für Justiz. Es können auch generelle Übergangsbestimmungen erlassen werden. So kann der ETH-Rat wie geplant eine gestaffelte Einführung machen.

Die Kommission teilt diese Ansicht und verzichtet deshalb auf eine andere bzw. einschränkende Übergangsbestimmung. Die Regelung der Übergangsbestimmungen obliegt damit dem ETH-Rat. Er kann dies gemäss dieser Auslegung in der geplanten Art tun.

In der Gesamtabstimmung nahm die Kommission die Revision des ETH-Gesetzes mit 9 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU): Die Studiengebühren an den Fachhochschulen, an den Universitä-





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



ten und auch an den beiden ETH sind in der Schweiz generell sehr moderat, um nicht zu sagen tief. Bei den Universitäten und Fachhochschulen sind die Kantone zuständig, bei den beiden ETH der ETH-Rat.

Während bis anhin die Studiengebühren für Ausländer höchstens dreimal so hoch sein durften, wären sie neu mindestens dreimal so hoch. Damit wird dem ETH-Rat auch der Rücken gestärkt. Potenzielle Druckversuche gegen die Erhöhung könnten mit Verweis auf die klare gesetzliche Grundlage einfach abgewendet werden. Es ist ja auch so, dass in der Zwischenzeit der ETH-Rat selbst diese Verdreifachung der Studiengebühren beschlossen hat. Von Zwang kann diesbezüglich keine Rede sein.

Wenn man sich anschaut, wie die ETH finanziert ist, so beläuft sich die Trägerfinanzierung des Bundes auf ungefähr 69 Prozent. Etwa 14,5 Prozent sind Forschungsbeiträge über den Schweizerischen Nationalfonds, Innosuisse und die europäischen Programme; weitere 15 Prozent sind Drittmittel wie private Vergabungen; die Studiengebühren, über die wir diskutieren, machen heute lediglich 1,6 Prozent der gesamten Finanzierung aus – 1,6 Prozent! Gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten ist es angezeigt, dass auch hier das Verursacherprinzip zumindest ein bisschen stärker zur Anwendung kommt. Hier können wir bei der Einnahmenseite etwas machen, und das auf eine einfache Art und Weise. Häufig heisst es ja auch: Was nichts kostet, ist nichts wert. Die Vertretung der ETH hat uns dabei bestätigt, dass sie Mittel und Wege hat, Studierende aus finanziell engen Verhältnissen zu unterstützen, sodass aufgrund dieser Anpassung niemand sein Studium nicht antreten kann.

Die beiden ETH gehören weltweit zu den führenden Ausbildungsstätten, belegen regelmässig Top-Plätze bei den internationalen Rankings. Die Studiengebühren sind aber an vergleichbaren Hochschulen in aller Welt teilweise um ein Vielfaches höher. An der ETH bezahlen Studierende 730 Franken pro Semester, also nicht einmal 1500 Franken pro Jahr. Zum Vergleich: Die Studiengebühren in Oxford zum Beispiel liegen für Bildungsausländer bei 42 000 Franken, im kalifornischen Stanford betragen sie bis zu 60 000 Franken. An der Universität St. Gallen wurden die Studiengebühren für Ausländer längst verdreifacht. Die Standortattraktivität hat dadurch überhaupt und in keiner Art und Weise gelitten. Auch auf den Zustrom hatte diese Erhöhung keinen Einfluss. Gestern konnten Sie überdies lesen, dass die andauernd hohe Anzahl an Studierenden je länger, desto mehr auch zu Platzproblemen führt.

Diese Verdreifachung der Studiengebühren ist im internationalen Vergleich immer noch tief. Die weltweit erstklassige Ausbildung ist diesen Preis mehr als wert.

Ich bitte Sie, meinen Minderheitsantrag, dem Beschluss des Nationalrates und auch dem ETH-Rat zu entsprechen, zu folgen und diesen zu unterstützen.

Salzmann Werner (V, BE): Meine Minderheit II möchte eine Bandbreite einführen. Diese Bandbreite basiert eigentlich auf den unterschiedlichen Kosten der Fachrichtungen. Nicht jede Fachrichtung an der ETH kostet gleich viel.

Ich denke, für uns ist unbestritten – auch bezüglich der Minderheit I (Gmür-Schönenberger) –, dass wir Anpassungen vornehmen müssen. Aber wenn die Regelung wie bisher ist, dass es höchstens soundso viel kosten darf, braucht es den Druck der Politik, dass der ETH-Rat überhaupt Anpassungen vornimmt. Er hat erst auf Druck reagiert. Darum ist für mich eine Mindestforderung das absolute Minimum. Wenn die Mindestforderung nicht enthalten ist, werden die Gebühren einfach nicht erhöht.

In meinem Spektrum – das Drei- bis Fünffache der Studiengebühren nach Absatz 2 – hätte die Berücksichtigung der unterschiedlichen Fachrichtungen Platz. Dass es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, diese Einnahmen zu erhöhen, hat Kollege Bischof ausführlich erklärt, darauf komme ich nicht zurück.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit II zuzustimmen. Sie gibt Flexibilität und legt eine Bandbreite fest.

AB 2024 S 736 / BO 2024 E 736

Wasserfallen Flavia (S, BE): Ich glaube, wir können Folgendes feststellen: Egal, welcher Minder- oder Mehrheit wir folgen, die Verdreifachung der Gebühren für Bildungsausländerinnen und -ausländer an den ETH ist eigentlich bereits beschlossene Sache. Ebenfalls feststellen können wir, dass der ETH-Rat mit diesem Entscheid Mühe hat. Im Frühling hatte er ganz knapp gegen die Verdreifachung entschieden. Daraufhin gab es politischen Druck seitens des Nationalrates. Dieser Druck führte dazu, dass der Entscheid überdacht und umgedreht wurde. Im Sommer sprach sich der ETH-Rat dann für die Verdreifachung aus.

Auch wir, glaube ich, müssen ehrlich sein: Bei allen Feststellungen und Befürchtungen bezüglich des Anteils der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den ETH wird die Verdreifachung diesen Umstand nicht gross beeinflussen; der Kommissionssprecher hat die Relationen ebenfalls aufgezeigt. Seien wir doch ehrlich: Über Gebühren lösen wir die Finanzprobleme dieser Institutionen nicht. Ich glaube, in diese Richtung zu gehen,





wäre auch der komplett falsche Ansatz.

Warum möchte ich mit meiner Minderheit III beim geltenden Recht bleiben? Im Grunde möchte ich Ihnen die Möglichkeit geben, einem wichtigen Grundsatz der BFI-Botschaft zu folgen, nämlich der Autonomie der Institutionen. Im Gesetz ist festgeschrieben, dass die Festlegung der Gebührenverordnung in der Kompetenz des ETH-Rates liegt. Natürlich haben wir dem ETH-Rat die Möglichkeit gegeben, differenzierte Gebühren zu erheben, und mit der Verdreifachung haben wir auch einen Rahmen abgesteckt. Trotzdem möchte ich den Ball dringend wieder dorthin zurückspielen, wo er hingehört, nämlich in den ETH-Rat. Denn Sie hören es hier in der Diskussion: Wir sprechen über Übergangsfristen, wir sprechen über differenzierte Gebühren nach Fachbereichen, wir reden über Maxima und Minima. Ich denke, wir sind nicht der richtige Ort, um diesen Entscheid zu fällen und dann auch die Verantwortung dafür zu tragen.

Auch in der Kommission sagte ich, es habe mich gestört, dass sich der ETH-Rat erst nach dem Druck der Politik bewegt hat, dass er seine Verantwortung und auch die ihm zustehende Aufgabe eigentlich nicht wahrgenommen hat. Bleiben wir in diesem Sinne also beim geltenden Recht, im Wissen darum, dass die Verdreifachung materiell beschlossen ist, egal, was wir hier entscheiden. Zugleich sollten wir aber doch irgendwie die Relationen wahren. Folgen wir daher dem Grundsatz der Autonomie, und belassen wir die Kompetenz für die Gebührenordnung beim ETH-Rat.

Ich danke Ihnen, wenn Sie meiner Minderheit folgen.

Chassot Isabelle (M-E, FR): Comme cela a déjà été indiqué au cours du débat, la fixation des émoluments relève de la compétence du Conseil des écoles polytechniques fédérales (EPF), la loi se contentant d'énoncer quelques garde-fous, qui sont importants. Le premier, c'est que les taxes d'études doivent être socialement supportables pour les étudiants suisses et les étudiants étrangers domiciliés en Suisse. Le second, c'est que ces taxes ne peuvent pas être supérieures au triple de ce montant pour les étudiants étrangers. La loi fixe donc actuellement un plafond, et c'est ce qui fait l'objet de notre discussion.

Qu'a fait le Conseil des EPF jusqu'à aujourd'hui? Il a simplement fixé un montant identique pour les étudiants suisses et les étudiants étrangers, cela alors même que le montant est de 730 francs par semestre. Cette position a encore été confirmée par le Conseil des EPF le 7 mars dernier. Je vous lis son communiqué: "Le Conseil des EPF considère que l'égalité de traitement et la diversité, favorisée par la présence d'étudiantes et étudiants étrangers, sont des valeurs importantes pour proposer une formation d'excellente qualité. Compte tenu de la pénurie de main-d'oeuvre qualifiée, cette décision tient aussi compte de l'intérêt de l'économie suisse. La proposition d'augmenter les taxes d'études de façon différenciée est donc rejetée." Cette décision a été communiquée le 7 mars 2024. Le Conseil national, insatisfait, a pris les choses en main et a fait du plafond maximum inscrit dans la loi – du triple du montant pour les étudiants suisses et les étudiants étrangers domiciliés en Suisse – un seuil minimum – également du triple de ce montant. Cette décision, soutenue par la minorité de notre commission, a à mon sens, l'inconvénient majeur de ne pas respecter l'autonomie du Conseil des EPF dans sa gestion et de lui imposer un bond important pour faire du plafond un seuil.

Votre commission a examiné cette question les 18 et 19 juin. Elle a auditionné le Conseil des EPF qui a pu exposer sa position concernant l'augmentation des taxes semestrielles pour les étudiantes et étudiants étrangers. La proposition a ensuite été discutée dans notre commission, et la proposition qui figure aujourd'hui sur votre dépliant comme celle de la majorité a été présentée et défendue en commission comme un compromis. Ce dernier offre une marge de manoeuvre au Conseil des EPF en fixant un multiplicateur moins important que la proposition du Conseil national, mais en fixant tout de même un seuil, ce qui permettra à l'avenir au Conseil des EPF d'augmenter, le cas échéant, les taxes, mais aussi de les différencier selon le type d'études. La commission a communiqué le même jour sa décision.

Si je le souligne, c'est pour marquer la surprise qui fut la mienne lorsque j'ai pris connaissance, le 12 juillet, de la communication du Conseil des EPF, qui indiquait se prononcer dorénavant en faveur du triplement des taxes d'études pour "tenir compte des positions clairement exprimées à ce sujet au Parlement et des résultats des votes qui y ont eu lieu". J'en ai donc conclu que le Conseil des EPF ne lisait pas les communiqués de presse de la commission ou alors considérait ses décisions comme secondaires. Selon la décision prise par le Conseil des EPF, on pourrait penser que la décision qui nous est soumise est pliée et qu'il n'y a plus lieu de soutenir la proposition de la majorité. Eh bien, à mon sens, c'est tout le contraire: en soutenant la proposition de la majorité et vu la décision annoncée du Conseil des EPF, notre conseil respecterait complètement l'autonomie de l'institution. Je m'explique. Le Conseil des EPF pourra en effet sans autre mettre en oeuvre sa décision de juillet dernier de tripler les taxes, cette décision respectant la proposition de la majorité, qui fixe un seuil au double du montant uniquement. La différence est qu'il ne pourra pas rejeter la responsabilité sur la politique, comme il le fait actuellement. Peut-être est-il utile de rappeler au Conseil des EPF que l'autonomie du domaine



des écoles polytechniques et de ses institutions implique la séparation entre la conduite politique, la conduite stratégique et la conduite opérationnelle.

Je vous invite donc à soutenir la majorité de la commission et à laisser ainsi au Conseil des EPF l'opportunité d'exercer la conduite stratégique de ses institutions.

Stark Jakob (V, TG): Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen Gedanken zur Governance vorbringen bzw. zur Frage – Frau Chassot hat es angetönt, ich interpretiere es anders –, welche Grundsätze und Rahmenbedingungen wir dem ETH-Rat vorgeben. Schauen Sie das geltende Recht an. Das Parlament hat damals beschlossen, dass die Gebühren für Ausländerinnen und Ausländer höchstens das Dreifache betragen dürfen. Man hatte also offenbar Angst, dass der ETH-Rat übertreibt und das Zehnfache verlangen könnte. Jetzt hatten wir die Situation, dass die Kommissionen der beiden Räte dem ETH-Rat nahelegten, innerhalb seines Kompetenzbereichs die Gebühren zu erhöhen. Er hat es nicht gemacht.

Und was sehen wir jetzt? Was hat der Nationalrat beschlossen? Er nimmt die Obergrenze weg und sagt: mindestens das Dreifache. Unsere Kommission sagt: mindestens das Zweifache. Ich glaube, es ist in diesem Zusammenhang richtig, dass das Parlament dem ETH-Rat klare Vorgaben macht, klare Grenzen setzt und die Untergrenze und Obergrenze bestimmt. Die Obergrenze ist sehr wichtig. Es geht nicht an, dass wir Ausländerinnen und Ausländer diskriminieren. Es muss eine Grenze nach oben geben. Nach unten haben wir eine Grenze zu setzen, damit die Taxation nicht wieder zu tief ausfällt.

Aus diesen Überlegungen heraus bitte ich Sie, Klarheit zu schaffen, einen klaren Rahmen zu setzen und den Antrag der Minderheit II (Salzmann) zu unterstützen.

AB 2024 S 737 / BO 2024 E 737

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Ce débat sur les taxes s'est ajouté au débat sur le message sur le financement des écoles polytechniques. On est donc parti d'un message sur le financement, puis la discussion a dérivé sur une politique d'admission dans nos écoles polytechniques et sur la politique des taxes. Il est alors intéressant de voir ce que nos prédécesseurs ont fait. Ils ont fait une chose admirable dans cette affaire, ils ont fixé un plafond à la taxe payée par les étudiants étrangers et non un minimum. Il est toujours intéressant de se demander pourquoi ils ont fait ça, parce que nos prédécesseurs ne sont souvent pas aussi stupides qu'on le croit. Je pense qu'ils ont ici agi intelligemment. Pourquoi? Parce que si, dans un débat financier, vous dites que les écoles polytechniques fédérales peuvent fixer des taxes plus élevées pour les étudiants étrangers sans fixer de plafond, vous créez un incitatif à recruter des étudiants étrangers. Vous ne pouvez pas dire que ça n'est pas le cas, puisque l'on tient justement ce débat au moment où on veut limiter les moyens publics pour les écoles polytechniques fédérales. Le message pour les écoles polytechniques fédérales est limpide: nous allons limiter les moyens publics, débrouillez-vous et fixez des taxes plus élevées pour les étudiants étrangers. Et finalement, qu'est-ce qu'on aura? On aura un incitatif à recruter des étudiants étrangers parce que c'est le moyen pour les écoles polytechniques fédérales de régler les problèmes budgétaires. Et ce moyen est même encouragé par le Parlement. Le Parlement dit aux écoles polytechniques de se débrouiller avec les taxes.

Mais on va continuer à payer des impôts pour ces écoles polytechniques alors qu'elles vont avoir une politique de recrutement orientée essentiellement sur le recrutement des étudiants étrangers. Et je dois dire que cette politique est déjà en partie en oeuvre. Les taux d'échec en fin de première année dans nos écoles polytechniques sont anormalement élevés. On a déjà une maturité fédérale qui est exigeante, et en fin de première année, les taux d'échec sont anormalement élevés, parce qu'il n'y a pas assez de place en deuxième année et en troisième année. Il y a donc une politique de restriction d'accès. Si on continue à pousser les écoles polytechniques à fixer des taxes beaucoup plus élevées pour les étudiants étrangers, nous n'aurons plus de place pour les jeunes qui sont nés ici et qui se sont formés ici. Voilà la conséquence de cette politique.

C'est la raison pour laquelle je pense qu'il est intelligent de ne pas modifier le droit en vigueur et de suivre la minorité III (Wasserfallen Flavia).

Bischof Pirmin (M-E, SO): Entschuldigen Sie, dass ich mich wegen der verschiedenen Varianten, die jetzt vorliegen, noch einmal melde. Die Debatte war spannend. Es war von der Autonomie des ETH-Rates die Rede, und diese scheint mir auch wichtig zu sein.

Die Minderheit III (Wasserfallen Flavia) hebt die Autonomie vollständig auf. Mit der Verdreifachung, die jetzt beschlossen wurde, hätte der ETH-Rat dann keinerlei Freiheiten mehr, er könnte nur noch die Gebühren senken.

Mit der Minderheit II (Salzmann) würde die Autonomie in Bezug auf das Fünffache nach oben beschränkt. Das ist meines Erachtens für verschiedene Studienrichtungen zu tief. Wenn Sie die konkurrenzierenden Eli-





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



teschulen auf der Welt ansehen, dann fällt auf, dass diese in verschiedenen Studienrichtungen das Zehn- bis Zwanzigfache vorsehen und trotzdem keinerlei Einbussen an der Zahl an Studentinnen und Studenten weltweit haben. Minderbemittelte Studentinnen und Studenten können immer – und das wird in diesen Schulen auch gemacht – subventioniert werden, ebenso wie ausgesprochen hochbegabte Menschen, die wir zur Förderung des Standorts Schweiz brauchen.

Das Argument von Kollege Maillard scheint mir völlig untauglich zu sein: Sie sagten, dass die beiden ETH dann den Zugang von Schweizer Studierenden beschränken würden, weil sie möglichst viele gut bezahlende, ausländische Studentinnen und Studenten möchten. Das können die beiden ETH nicht tun: Wer in der Schweiz seine Maturität abgeschlossen hat, hat einen Anspruch auf einen Zugang zu beiden Hochschulen des Bundes. Das Argument würde allenfalls für medizinische Fakultäten gelten, wo ein Numerus clausus besteht. Den könnte man verschärfen, aber das möchte, glaube ich, sowieso niemand. Aber im Bereich der beiden ETH ist das kein gültiges Argument.

Ich bitte Sie, dem ETH-Rat aus diesen Überlegungen heraus die Autonomie zu belassen, ab dem Dreifachen der Studiengebühren Erhöhungen differenziert vornehmen zu können, und deshalb den Antrag der Minderheit I (Gmür-Schönenberger) anzunehmen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Toute cette histoire, Madame Chassot, vous l'avez rappelée entre les lignes, en faisant état d'un certain "manque" – je mets les guillemets – de sensibilité de la part du Conseil des EPF, qui a manifestement sous-estimé cette question.

L'autonomie du domaine des EPF constitue pour le Conseil fédéral un facteur de succès important, qu'il est important de respecter. En tant qu'organe stratégique de direction du domaine des EPF, c'est le Conseil des EPF qui est responsable de l'allocation des ressources aux institutions du domaine des EPF. Dans ce contexte, la liberté de fixer les émoluments constitue un élément stratégique important. D'ailleurs, dans les hautes écoles cantonales, les taxes d'études sont aussi fixées par l'organe stratégique responsable et ne sont pas fixées dans la loi. Il y a eu une certaine évolution, qui a été rappelée par le rapporteur, M. Michel, que je remercie pour son résumé de la situation, et pour avoir rappelé que la commission s'est penchée sur la nécessité ou non, le cas échéant, d'avoir une disposition transitoire. Le Conseil des EPF s'est prononcé au mois de juillet en faveur d'un triplement des taxes d'études pour les étudiants étrangers. Cette recommandation est en consultation au sein du domaine des EPF, et débattue au sein des Chambres fédérales. Même si la décision tombera en décembre, je pars du principe que le Conseil des EPF va suivre cette recommandation.

Cependant, le Parlement, comme plusieurs d'entre vous l'ont dit, est parfaitement libre de renoncer à fixer un plafond, mais de décider d'un cadre. La majorité de la commission et le Conseil national proposent respectivement que les taxes d'études soient au moins deux fois et au moins trois fois plus élevées, ce qui laisse ouverte la suite des opérations. Initialement, il n'était pas prévu, je le rappelle, de modifier le droit en vigueur. C'est toute cette polémique qui fait qu'il y a ce débat aujourd'hui.

Dans les faits, quelle que ce soit la décision que vous preniez, si le Conseil des EPF décide de multiplier par trois les taxes d'études pour les étudiants étrangers, cela ne changera rien. Simplement, cela ouvrira ultérieurement la possibilité au conseil d'aller au-delà. Il faut simplement être conscient de cela.

Pour le Conseil fédéral, le droit en vigueur devrait être respecté. Il estime qu'il faut laisser cette compétence à ce niveau. Naturellement, si le Parlement en décide autrement, c'est son droit le plus strict. Cependant, au nom du Conseil fédéral, je vous invite à en rester au droit en vigueur et à suivre la minorité III (Wasserfallen Flavia).

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6713)

Für den Antrag der Minderheit I ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6714)

Für den Antrag der Minderheit I ... 22 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 21 Stimmen

(2 Enthaltungen)





Dritte Abstimmung – Troisième vote
(namentlich – nominatif; 24.031/6715)
Für den Antrag der Minderheit I ... 32 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III ... 13 Stimmen
(0 Enthaltungen)

AB 2024 S 738 / BO 2024 E 738

Art. 37a Abs. 1; Ziff. II

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 37a al. 1; ch. II

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 24.031/6716)
Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(5 Enthaltungen)

15. Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

15. Loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I, II

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule; ch. I, II

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 24.031/6717)
Für Annahme des Entwurfes ... 42 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

16. Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation

16. Loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung; Art. 11 Abs. 6bis

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Titre et préambule, ch. I introduction; art. 11 al. 6bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 33 Abs. 1bis

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Gapany, Crevoisier Crelier, Maret Marianne, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 33 al. 1bis

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Gapany, Crevoisier Crelier, Maret Marianne, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil national

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Der Nationalrat schafft mit Artikel 33 Absatz 1bis einen neuen Unterstützungstatbestand. Dieser wird dann in Artikel 1 Absatz 2 des Bundesbeschlusses über die Unterstützung des Bundes für den Schweizerischen Innovationspark mit 9 Millionen Franken für die Förderperiode 2025–2028 ausgestattet. Eine Minderheit – sie wird sich noch zu Wort melden – unterstützt diese neue Gesetzesgrundlage. Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 6 zu 5 Stimmen, den Minderheitsantrag abzulehnen und hier beim geltenden Recht zu bleiben und somit dem Entwurf des Bundesrates zu folgen, dies mit folgender Begründung.

Einige unter Ihnen waren teilweise noch in der Exekutive und mögen sich noch erinnern: Beim Start der Innovationspärke und dem Erlass der entsprechenden Unterstützungsmöglichkeiten war eigentlich klar, dass der Bund die Innovationspärke subsidiär über die Zurverfügungstellung von Immobilien, allenfalls Darlehen, zu günstigen Bedingungen unterstützt. Damals war noch keine Rede von Cash-Beiträgen. Seit der letzten Botschaft ist nun auch ein Beitrag an den Betriebsaufwand dazugekommen, er ist für die nächste Periode mit 3,8 Millionen Franken dotiert.

Der Beschluss des Nationalrates geht nun qualitativ in eine andere Richtung: Er soll die Standortträger der Pärke dafür abgelden, dass sie im Hinblick auf die Ansiedlung von Unternehmen Land vorhalten, also in Reserve halten, und die entsprechenden Leerstandskosten sollen vom Bund mitfinanziert werden. Konzeptionell erscheint dies falsch: Seit dem Start der Innovationspärke haben sich Rechte und Pflichten nicht verändert. Der Bund gibt keine Pflicht für Freihalteflächen vor. Wenn die Kantone dies gegenüber den Standortträgern tun – was sie teilweise tun –, ist das ihre Sache. Auch die Standortpromotion und Ansiedlung sowie die entsprechende Bodenpolitik liegen im Verantwortungsbereich der Kantone.

Mit dem nach wie vor geltenden Vertrag zwischen dem Bund und Switzerland Innovation aus dem Jahr 2016 sind Rechte und Pflichten im Lot. Der Aufhänger für eine Bundesmitfinanzierung ist einzig ein schon damals im Vertrag festgehaltener Passus, dass eine Erwartung besteht – also eine Erwartung und keine Pflicht –, Flächen freizuhalten. Das ist denn auch der Aufhänger für die Minderheit bzw. für den Nationalrat: Wenn die Standortträger diese Erwartung erfüllen, indem sie Flächen vorhalten, dann sollen sie dafür vom Bund entschädigt werden, so die Logik.

Aus Sicht der Mehrheit kann der entsprechende Passus im Vertrag aber keine Verpflichtung begründen, er ist eigentlich fehl am Platz in einer Vereinbarung, die Rechte und Pflichten regelt. Unter dem Titel "Erwartungen des Bundes" steht in Artikel 3 Absatz 2 des Vertrages zwischen Bund und Switzerland Innovation, dass der Bund erwartet, dass in den Anschlussverträgen mit den Standortträgern sichergestellt wird, dass erschlossenes Bauland und bezugsbereite Geschossflächen bedarfs- und zeitgerecht bereitgestellt werden. Es ist aber keine Pflicht. Wenn es etwas zu ändern gibt, dann nicht, dass diese Erwartung in eine abgeltungsberechtigte Pflicht umzuwandeln ist, sondern eher, dass diese Erwartung aus dem Vertrag gestrichen wird. Denn entweder gibt es Rechte und Pflichten oder bloss Erwartungen. Die Angst, die nun Realität geworden ist, war, dass



falsche Erwartungen entstehen. Die Kommission regt den Bundesrat deshalb an, bei der nächsten Vertragsüberarbeitung diesen Artikel 3 Absatz 2 entsprechend anzupassen.

Eine neue Verpflichtung oder schon nur eine Möglichkeit der Finanzierung in den Vertrag aufzunehmen, die dann mit 9 Millionen Franken unterlegt werden soll, ist im Vorfeld einer neuen Aufgabenteilungsdiskussion zwischen Bund und Kantonen und aus finanzpolitischen Überlegungen heraus falsch. Es ist der schlechteste Moment, neue Mitfinanzierungstatbestände zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

AB 2024 S 739 / BO 2024 E 739

In der Gesamtabstimmung genehmigte die Kommission die Gesetzesänderung mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Gapany Johanna (RL, FR): On parle d'une décision du Conseil national que la minorité – une large minorité – de la commission vous propose de soutenir. On parle d'un outil très concret, qui renforce la place de la Suisse à l'international de manière relativement simple et sans grands moyens. Quand une entreprise, un groupe de chercheurs s'adresse au Parc suisse d'innovation pour s'installer en Suisse, la réactivité est déterminante. Je précise peut-être que je m'engage en faveur de l'innovation au sein de Switzerland Innovation en tant que vice-présidente du Conseil de fondation.

Cette amélioration apportée par le Conseil national est un outil de promotion économique à l'échelle nationale, parce qu'il n'existe pas un site dans chaque canton, et parce qu'il y a une certaine complémentarité des compétences entre les différents sites. Les surfaces dont on parle sont équipées et prêtes à accueillir des entreprises en tout temps. Ce sont des surfaces techniques, donc avec une certaine spécificité, exploitées par des entreprises qui changent notre quotidien avec des innovations de rupture, ce qui exige une certaine infrastructure. C'est cette infrastructure qui peut être mise à disposition par le Parc suisse d'innovation. S'il faut avoir des surfaces libres, c'est parce que la réactivité fait toute la différence, fait qu'une entreprise viendra ou non. Celles et ceux qui se sont engagés, qui s'engagent aujourd'hui ou qui l'ont été auparavant, dans l'implantation et l'émergence de nouvelles entreprises savent à quel point la réactivité, au moment de la prise de contact, est décisive pour le succès de l'implantation. C'est encore plus le cas aujourd'hui avec une concurrence internationale toujours plus forte et une politique d'aménagement du territoire qui donne de moins en moins de marge de manoeuvre.

Je vous donne un exemple. Un entrepreneur prend contact avec le Parc suisse d'innovation. Cet entrepreneur est actif dans l'aérospatiale, par exemple, c'est d'actualité. Il cherche à s'implanter en Suisse pour profiter de l'environnement innovant, se rapprocher des partenaires économiques et des autres chercheurs qui sont en Suisse. Le parc suisse lui recommandera Dübendorf par exemple, parce que c'est un parc spécialisé dans le domaine, qui a déjà des entreprises actives et compétentes dans l'aérospatiale. Il proposerait un autre site pour une autre compétence, mais cela n'a rien à voir avec le canton; cela a à voir avec la compétence. Le choix du lieu en fonction de la compétence confirme l'intérêt national de garantir des surfaces de réserve dans chaque parc d'innovation.

En tout, dans notre pays, il y a 6 parcs d'innovation et 16 antennes dans les différents cantons, ce qui permet de recouvrir l'ensemble du territoire et d'avoir une innovation de pointe dans tout le pays. Le but bien sûr est de spécialiser chaque parc et pas d'avoir une innovation bas de gamme ou moyen de gamme dans toute la Suisse, mais d'avoir vraiment une innovation de pointe dans notre pays. La présence dans toutes les régions et dans toutes les régions linguistiques est aussi ce qui confirme encore une fois l'intérêt national.

Il y a deux aspects dans ce changement: l'aspect légal, que l'on traite maintenant, et l'aspect du montant. D'un point de vue légal, cette association est une initiative nationale. C'est un travail d'équipe entre la Confédération, les cantons et le privé. La Confédération a créé les conditions juridiques pour créer ce Parc suisse d'innovation et elle a conclu des contrats avec les différents sites. Dans ces contrats, le Conseil fédéral attend des sites qu'ils prévoient des places de réserve, pour accueillir de nouvelles entreprises.

La proposition du Conseil national a une certaine logique par rapport à ce qui a été voulu à l'époque dans le cadre de cette initiative, mais aussi par rapport à ce qui est souhaité par le Conseil fédéral. Il y a en effet une certaine pertinence à avoir des surfaces de réserve équipées pour accueillir ces entreprises. Maintenant, le fait de préciser que la Confédération a la possibilité de contribuer aux coûts imputables aux surfaces de plancher exploitables relève finalement de notre choix. C'est une impulsion que l'on donne pour dire que ces surfaces ont du sens; c'est un investissement finalement assez modeste, mais qui permet de gagner du terrain face à la concurrence internationale.

Alors, à l'heure où les surfaces équipées risquent de manquer pour les nouvelles entreprises, à l'heure de la ré-



forme de la fiscalité, avec l'imposition minimale qui nous fait craindre aussi pour notre attractivité économique, à l'heure où la participation des chercheuses et des chercheurs au programme Horizon n'est pas stable et où notre relation avec l'Union européenne se trouve au milieu d'un immense chantier, notre choix est, finalement, de nous donner les moyens d'améliorer notre attractivité économique, d'améliorer notre attractivité vis-à-vis des chercheurs et des entreprises de l'étranger qui viennent ici créer des emplois et de la valeur ajoutée. J'ajoute un dernier point: la Suisse est cette nation qui culmine à la tête des classements en matière d'innovation. Mais rien n'est acquis: chaque outil, chaque pièce, est déterminante pour garantir un environnement d'innovation dans notre pays. Nos prédécesseurs l'ont fait, ils l'ont bien fait. On doit continuer le travail. Alors oui, si l'on veut apparaître au niveau international comme une nation innovante qui est capable d'accueillir des entreprises, les surfaces de réserve sont, ma foi, une nécessité. C'est un outil qui exige peu de moyens – on parle ici de 9 millions de francs sur 4 ans –, un outil qui produit beaucoup d'effets – des emplois, des recettes fiscales, des produits suisses, des innovations qui nous rendent fiers. Je vous propose de continuer à construire cet environnement favorable à l'innovation, d'adhérer à la décision du Conseil national et de soutenir la proposition de la minorité – une large minorité – de la commission.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: En ce qui concerne le Parc suisse d'innovation, je vous prie de suivre le Conseil fédéral et de rejeter ce qui s'apparente à une nouvelle subvention; il faut parler clairement. La responsabilité des sites incombe aux cantons et à l'économie privée, à qui il revient d'en assumer le financement. La Confédération veille à créer des conditions-cadres favorables.

M. le rapporteur a très bien décrit le processus et l'exigence, selon laquelle 10 pour cent des surfaces doivent être gardées libres, qui fait partie de ce que l'on appelle le concept d'assurance qualité dont la fondation Switzerland Innovation est responsable. Elle peut donc assouplir cette règle de son propre chef, naturellement en concertation avec les entités responsables des sites.

Je vous informe de ce que nous ferons: nous engagerons une clarification formelle de cette question avec la fondation, mais, sur le fond, je vous prie de suivre la majorité de la commission et d'en rester à la proposition du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6718)

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 17 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6719)

Für Annahme des Entwurfes ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)



1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2025–2028

1. Arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 2900,0 Millionen Franken bewilligt...

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Die Jahresanteile betragen:

– Für 2025: 710,9 Millionen Franken

– Für 2026: 720,1 Millionen Franken

– Für 2027: 731,5 Millionen Franken

– Für 2028: 754,1 Millionen Franken

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Die Jahresanteile betragen:

– Für 2025: 711,1 Millionen Franken

– Für 2026: 725,6 Millionen Franken

– Für 2027: 745,0 Millionen Franken

– Für 2028: 758,3 Millionen Franken

Antrag der Minderheit IV WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 3017,8 Millionen Franken bewilligt...

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Un plafond de dépenses de 2900,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Le montant des tranches annuelles se répartit comme suit:

- pour 2025: 710,9 millions de francs
- pour 2026: 720,1 millions de francs
- pour 2027: 731,5 millions de francs
- pour 2028: 754,1 millions de francs

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le montant des tranches annuelles se répartit comme suit:

- pour 2025: 711,1 millions de francs
- pour 2026: 725,6 millions de francs
- pour 2027: 745,0 millions de francs
- pour 2028: 758,3 millions de francs

Proposition de la minorité IV CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 3017,8 millions de francs ...

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Beim Bundesbeschluss I über die Finanzierung der Berufsbildung kommen die beiden in der Eintretensdebatte erwähnten und erläuterten Minderheiten I (Stark) und IV (Stocker) erstmals in Artikel 1 Absatz 1 zum Zug. Beim Eintreten habe ich erklärt, weshalb für die Kommissionsmehrheit beide Stossrichtungen falsch sind, sowohl eine generelle Kürzung, hier und anderswo, und damit ein reales Nullwachstum gemäss Minderheit I, als auch ein Festhalten an einem 2-Prozent-Wachstum gemäss Minderheit IV. Es ist eine Frage der Grundhaltung, die sich durch diverse Beschlüsse hindurchzieht. Entsprechend den Ausführungen in der Eintretensdebatte bitte ich Sie namens der Mehrheit, konsequent die Anträge beider Minderheiten, hier und anderswo, abzulehnen.

Eine kleine Ergänzung zur Aussage von Kollege Stark, er wolle nicht sparen, er wolle nur einfrieren, es gebe keine Reduktion. Man muss hier ehrlich sein: Bei einem Wachstum der Zahl der Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten von 10 bis 13 Prozent würde das pro Kopf natürlich eine Reduktion bedeuten, und damit würde das berühmte Verhältnis zwischen Studierenden und Dozierenden verschoben werden.

Eine zweite Ergänzung: Der Bund soll gemäss Richtwert 25 Prozent an die Gesamtausgaben der Berufsbildung leisten. Mit einer Reduktion würde dieser Wert unterschritten, man würde die Regeln also etwas verändern. Das gilt auch für den "Einfrierungsvorschlag" der Expertengruppe Gaillard. Hier finde ich einen Punkt wichtig: Wenn es darum geht, Wachstum rapide zu bremsen, einzufrieren oder zu reduzieren, sind die Regeln entscheidend, nach denen man das macht. Es gehört zur Sorgfaltspflicht und zur Verlässlichkeit eines Rates, nach klaren und voraussehbaren Regeln Einsparungen vorzunehmen. Entsprechend müsste man den betroffenen Institutionen Zeit geben, quasi rechtliches Gehör verschaffen, damit sie sich zu einem Nullwachstum oder einem Minuswachstum äussern können. Die Spielregeln sind umso wichtiger, je enger der finanzpolitische Spielraum wird. Ich bitte Sie deshalb auch im Sinne der Verlässlichkeit, den Reduktionsantrag abzulehnen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Schliesslich noch zum Antrag der Minderheit III (Graf Maya): Dieser Antrag geht weniger weit und möchte mit einer Aufstockung um 23,4 Millionen Franken dem Beschluss des Nationalrates folgen. Die Mehrheiten unserer Kommission und der Finanzkommission sprachen sich jeweils für den Entwurf des Bundesrates aus.

Noch ein Punkt, der immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt: Im Gesetz steht als Richtwert, dass der Bund 25 Prozent der Berufsbildung finanzieren soll. Die Kantone monieren nun regelmässig, der Bund halte diese Vorgabe nicht ein. Warum? Sie rechnen anders. Sie rechnen die Ausgaben des Bundes für eigene Berufsbildungsprojekte oder Institutionen aus dem Gesamtkuchen heraus, insbesondere die Ausgaben für die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB). So kommt man auf andere Zahlen. Der Bund rechnet alles

AB 2024 S 741 / BO 2024 E 741

mit ein und rechnet die Ausgaben für die EHB an diese 25 Prozent an.

Die Frage ist nun, welche Methode die richtige ist. Die Kommission hat sich auch damit befasst, und wir unterstützen die bundesrätliche Berechnung. Diese ist auch gesetzlich begründet. Das Bundesgesetz über die Berufsbildung besagt in Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe abis, dass der Zahlungsrahmen der EHB ein Teil des Gesamtkuchens Berufsbildung ist, der durch den Bundesanteil finanziert wird. Das Materielle ist dann in einem anderen Gesetz geregelt.

Ich sage das hier, weil diese Diskussion immer wieder aufkommt. Das wurde schon bei der Beratung des EHB-Gesetzes diskutiert. Der Rat hat damals die bundesrätliche Auffassung bestätigt, wonach die Eigenkosten des Bundes für die Berufsbildung eben auch zum Gesamtkuchen gezählt und an die 25 Prozent angerechnet werden müssen. Ich glaube, das müssen wir hier sagen. So vehement ich mich selber als damaliger Bildungsdirektor dafür gewehrt habe, dass der Bund den Bundesviertel auch einhält, so klar muss ich heute sagen, dass er ihn gemäss der vorliegenden Botschaft einhält. Deswegen braucht es keine Erhöhung des Zahlungsrahmens, aber es trägt auch keine Reduktion.

Vielleicht noch ein Punkt: Hier kommt zum ersten Mal ein Antrag zur Frage der Verteilung auf die verschiedenen Jahre zum Tragen. Gemäss Planung des Bundesrates würde im Jahr 2025 ein Rückschritt in der Finanzierung gegenüber heute entstehen. In den Folgejahren gäbe es dann ein etwas grösseres Wachstum. Diese Frage kommt dann bei zwei, drei anderen Beschlüssen auch noch zum Tragen. Die Minderheiten II und III möchten eine Reduktion auf das Jahr 2025 hin vermeiden und schlagen eine gleichmässige Verteilung des gesamten Zahlungsrahmens, also eine Glättung über die vier Jahre, vor, dies im Interesse der Planungssicherheit und einer gleichmässigeren Verteilung des Wachstums. Diese Glättung wird in Artikel 1 Absatz 2 beantragt.

Ich erkläre kurz noch die Unterschiede zwischen diesen zwei Minderheitsanträgen. Die Minderheit II (Wasserfallen Flavia) beantragt die Glättung auf der Basis des Bundesrates, also kostenneutral; sie beantragt einfach eine andere Verteilung. Die Minderheit III (Graf Maya) basiert auf dem erhöhten Gesamtbetrag des Nationalrates und nimmt dort die gleichmässige Verteilung vor. Alle Minderheiten werden ihre Position noch selber vertreten.

Die Kommissionsmehrheit lehnt diese Glättungen ab. Wir haben etwas Angst, dass diese Fixierungen pro Jahr, auch wenn es nur Planungsvorgaben sind, den Bundesrat und uns dann in den jährlichen Budgetberatungen doch etwas binden. Immer wenn man von diesen Planungsvorgaben abweicht, müsste man diese konsequenterweise im jetzigen Bundesbeschluss auch verändern. Es gibt also eine gewisse Hemmung, hier flexibel zu sein. Auch aus Rücksicht auf die Schuldenbremse möchten wir hier diese Flexibilität belassen, obschon die Vorgaben nicht bindend sind. Deshalb möchten wir im Gesetz keine Jahrestanchen definiert haben.

Folgen Sie deshalb im Resultat dem Bundesrat, und lehnen Sie die Minderheitsanträge ab – das ist die Meinung der Kommissionsmehrheit.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Ich werde als Sprecher der Finanzkommission nicht bei jeder einzelnen Position das Wort ergreifen. Ich habe ja einleitend ausgeführt, dass die Finanzkommission die BFI-Botschaft integral beraten hat und Ihnen empfiehlt bzw. auch der WBK empfohlen hat, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Wir nehmen davon Kenntnis, dass der Bundesrat das Wachstum gegenüber den Vorjahren in diesem Bereich auch abgeschwächt hat. Ich denke, das attestieren wir, und wir wollen auch nicht aus finanzpolitischer Sicht im Bereich BFI streichen oder kürzen, sondern eben den guten Standard, den wir in diesem Bereich haben, halten. Ich glaube auch, dass die Ausgaben in diesem Bereich im Verhältnis zu den anderen Bundesaufgaben angemessen sind. Unsere Bedenken waren, dass die WBK in dieser BFI-Botschaft zu grosse Aufstockungen vornimmt. Das tat sie ja eigentlich nicht, sondern sie folgte weitgehend den Anträgen des Bundesrates.

Ich empfehle Ihnen daher auch, entsprechend abzustimmen.





Hurni Baptiste (S, NE): Comme je l'avais dit, je ne reprendrai pas la parole à chaque fois. J'avais présenté ce concept au début. Je ne présenterai pas à nouveau toutes ces propositions de minorité de la Commission des finances.

Stark Jakob (V, TG): Ich habe meine Ausführungen klargemacht. Kollege Michel hat mich zwar nochmals etwas herausgefordert, aber ich möchte nochmals sagen, dass die Anträge meiner Minderheit keine Sparanträge sind. Es ist eine Wachstumsbremse, aber man kann im Teuerungsbereich wachsen. Wir haben hier keine Qualitätseinbussen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie die finanzpolitischen Aspekte mit den bildungspolitischen Aspekten kombinieren und meiner Minderheit zustimmen.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Nur ganz kurz zur Einordnung: Meine Minderheit II übernimmt eigentlich den gesamten Zahlungsrahmen für die vier Jahre gemäss Bundesrat, gemäss der Mehrheit der FK und auch gemäss der Mehrheit Ihrer WBK; das sind 2,916 Milliarden Franken.

Wie es der Kommissionssprecher schon angedeutet hat, ist es einfach so, dass wir hier, mit dieser Stop-and-go-Geschichte, eine Situation schaffen, die für die Institutionen schwierig sein kann, da es eben diesen Rückschritt auf 2025 gibt. Was kann das auslösen? Wenn eine Institution das ausgleichen möchte, dann muss sie entweder auf eigene Reserven verzichten oder bei Projekten umschichten, damit es eben eine gewisse Kontinuität gibt. Deshalb hatte meine Minderheit II die Idee dieses Absatzes 2, ohne die Budgethoheit unseres Parlamentes einschränken zu wollen; diese bleibt selbstverständlich gewahrt. Wir werden die genauen Beträge in diesem Prozess festlegen und möchten hier den Institutionen, den Bildungsverantwortlichen einfach mit Jahresanteilen doch eine gewisse Planungssicherheit geben, damit sie einen Richtwert erhalten. Dadurch können wir ihnen auch ein bisschen Verlässlichkeit geben. Ich glaube, das wäre wichtig und könnte hier auch die Situation des Stop-and-go abmildern.

Der Antrag kommt dann an einer anderen Stelle wieder, aber ich konnte hier erklären, was das Prinzip, die Idee dahinter ist. Der Kommissionssprecher hat der Transparenz halber auch deklariert, dass ich diese Minderheit von ihm übernommen habe.

Graf Maya (G, BL): Auch die Berufsbildung ist in dieser nächsten BFI-Periode 2025–2028 mit einem Finanzierungsrückgang konfrontiert. Man kann zwar wie Kollege Stark sagen, dass eine Wachstumsbremse nicht Sparen bedeute, aber realistisch ist, dass dieser Finanzierungsrückgang noch erheblicher sein wird, nämlich unter Berücksichtigung der Teuerung und des Wachstums der Zahl der Lernenden, was ja ein sehr positiver Effekt ist.

Ich beantrage Ihnen deshalb mit meinem Minderheitsantrag, dem Nationalrat zu folgen. Er hat in diesem Zahlungsrahmen zur Finanzierung der Berufsbildung für die nächsten vier Jahre eine minimale Erhöhung von 23,4 Millionen Franken auf den Pauschalbeiträgen vorgenommen. Ich beantrage Ihnen zusätzlich, die Jahresanteile im Rahmen von Artikel 1 einzeln festzulegen, damit insbesondere eben diese Bremswirkung, diese Sparübung des Bundesrates, nicht voll von diesem Jahr 2024 auf das Jahr 2025 durchschlägt. Es ist also derselbe Antrag, wie ihn Kollegin Wasserfallen mit der Minderheit II (Wasserfallen Flavia) – "gemäss Bundesrat" – gestellt hat; der von mir beantragte Anteil wäre aber eben, wie gesagt, 23,4 Millionen Franken höher, würde also gemäss Entscheid Nationalrat erfolgen.

Damit sollen die künftigen negativen Auswirkungen der rückläufigen Investitionen, die der Bundesrat zu Beginn der BFI-Periode bedauerlicherweise vorsieht, gezielt abgefedert werden. Die berufliche Grundbildung ist von dieser Bremswirkung betroffen, da im Jahre 2025 die zur Verfügung stehenden Pauschalbeiträge gemäss der Planung des Bundesrates nämlich geringer ausfallen werden als die Beiträge in diesem laufenden Jahr. Es ist für die Budgetplanung schlecht, wenn die Beiträge von einem Jahr zum nächsten so absinken. Mit

AB 2024 S 742 / BO 2024 E 742

meinem Antrag kann dieser Finanzierungsrückgang vermieden werden. Die Investitionen werden so über die gesamte Periode gleichmässig verteilt.

Die moderate Erhöhung des maximalen Zahlungsrahmens ermöglicht es, die Kantone und die Schweizer KMU bei ihren Bemühungen für die Förderung der Berufsbildung sowie der Qualitätssicherung gezielt zu unterstützen. Wir wissen, das Berufsbildungssystem ist ein Erfolgsmodell. Wir sollten es nicht schwächen, nein, schon gar nicht in schwierigen Zeiten. In junge, gut ausgebildete Berufsleute muss investiert werden, auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Ich bitte Sie also, diese minimale Erhöhung der Pauschalbeiträge für die Berufsbildung hier mit der Minderheit III (Graf Maya) zu unterstützen und dem Nationalrat zu folgen.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Stocker Simon (S, SH): Ich möchte mich nicht wiederholen, Sie haben meine Ausführungen gehört. Nur kurz: Wir sind jetzt im Reich der Nuancen der Sprache. Also es sei nochmals wiederholt: Ich möchte eigentlich keine Erhöhung, sondern ich möchte, dass man auf die Sparmassnahmen des Bundesrates verzichtet – einfach, dass Sie das nochmals gehört haben. Insofern sage ich das jetzt, nachher nicht mehr, und Sie müssen mich dann auch nicht mehr auffordern, den Antrag meiner Minderheit zu erklären.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral a examiné les différents intérêts en présence et vous a soumis un projet équilibré. Je remercie par conséquent vos commissions, la Commission des finances et la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, d'avoir soutenu dans leurs majorités les propositions du Conseil fédéral, ainsi que la minorité II (Wasserfallen Flavia) concernant le montant du plafond de dépenses. Nous rejetons l'augmentation des forfaits versés aux cantons pour la formation professionnelle. Transférer purement et simplement des moyens fédéraux aux cantons ne permettra en rien de renforcer la formation professionnelle. Nous rejetons de la même manière une réduction des forfaits. Celle-ci pourrait en effet, de notre point de vue, compromettre la valeur indicative légale de 25 pour cent pour la part de financement que la Confédération est tenue de respecter. Il s'agit de la minorité I (Stark). Nous vous prions aussi de rejeter la définition de parts annuelles. Pourquoi? Parce que les plafonds des dépenses, les crédits d'engagement définissent des limites maximales. Dans le cas présent, pour la période qui va s'ouvrir, donc 2025–2028, il s'agit pour nous d'un instrument de pilotage des finances fédérales qui vise aussi à gérer le mieux possible la planification sur une période pluriannuelle. Pour libérer les dépenses effectives, les versements, il faut ensuite une décision du Parlement relative aux crédits budgétaires concernés. Si on définit à l'avance les parts annuelles, on réduit inutilement la marge de manoeuvre dont on dispose, puisqu'une limite maximale est fixée pour chaque année. Il suffit de penser, par exemple, aux retards imprévus dans le cadre d'investissements pluriannuels. C'est d'ailleurs une des raisons pour lesquelles les parts annuelles ne sont plus définies depuis 2017.

Pour toutes ces raisons, je vous prie d'en rester au projet du Conseil fédéral tel que soutenu par la majorité de vos commissions.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6720)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6721)

Für den Antrag der Minderheit FK-S ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III WBK-S ... 16 Stimmen

(1 Enthaltung)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6722)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6723)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6724)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 16 Stimmen

(0 Enthaltungen)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6725)

Für Annahme der Ausgabe ... 46 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit IV WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Es wird ein Zahlungsrahmen von 693,7 Millionen Franken ...

Art. 2

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité IV CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 693,7 millions de francs ...

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le montant des moyens demandés pour la formation professionnelle supérieure est mesuré à partir du nombre de diplômés dans ce domaine. Depuis l'introduction des contributions fédérales directes, ces chiffres et le nombre de demandes de subventions sont relativement fiables.

Tout cela nous amène à vous demander de rejeter la proposition de minorité IV (Stocker) et de suivre le Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6726)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV WBK-S ... 10 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6727)

Für Annahme der Ausgabe ... 46 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





AB 2024 S 743 / BO 2024 E 743

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 183,0 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit IV WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 190,3 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-S

(Würth, Gmür-Schönenberger, Michel Matthias, Mühlemann, Poggia, Stark)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 153,9 Millionen Franken ...

Art. 3

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 183,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité IV CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 190,3 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-E

(Würth, Gmür-Schönenberger, Michel Matthias, Mühlemann, Poggia, Stark)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 153,9 millions de francs ...

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: In diesem Artikel geht es um zwei Fragen. Die eine ist die generelle Ausstattung des Kredites für Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung. Dieser Kredit ist ein willkommenes Instrument zur Entwicklung und Innovationsförderung in der Berufsbildung. Die Kommissionsmehrheit unterstützt den Bundesrat und lehnt die Anträge der Minderheit I (Stark) und der Minderheit IV (Stocker) ab. Auch hier handelt es sich erneut um die Stossrichtungen, die schon vorgebracht worden sind, um flächige Kürzungen oder Erhöhungen, die nicht angezeigt sind.

Eine andere Intention, das ist der zweite Punkt, verfolgt der Antrag der Minderheit Würth, der auf der Fahne ganz rechts steht. Hier wird eine Reduktion des Kredites um 30 Millionen Franken verlangt, konkret mit der Begründung, der Bund solle seine Mitfinanzierung am Projekt Viamia zur Unterstützung der Laufbahnberatung in den Kantonen nun beenden. Anders als bei den Minderheiten Stark und Stocker, wo der Bundesrat frei wäre, Kürzungen oder Aufstockungen umzusetzen, wäre mit der Zustimmung zum Antrag Würth klar, dass einzig das Projekt Viamia betroffen ist. Das wäre der damit zum Ausdruck gebrachte politische Wille. Mit 7 zu 6 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission, auch diesen Minderheitsantrag Würth aus den nachfolgenden Gründen abzulehnen.

Viamia, es ist weitherum bekannt, wurde vor Jahren im Rahmen der Fachkräfte-Initiative gestartet. Diese Initiative war und ist eine von Bund und Kantonen im Verbund getragene Aktion. Der Bund trägt hier 20 Prozent der entsprechenden Kosten. Die ursprünglich bis Ende 2024 vorgesehene Bundesunterstützung soll, gestützt auf die klaren Rückmeldungen aus den Vernehmlassungen, ein letztes Mal bis 2028 verlängert werden, so der



Bundesrat. Es geht also nicht um eine Dauerfinanzierung, sondern um ein Auslaufen, damit die Kantone Zeit haben, diese Angebote in ihre Regelstrukturen aufzunehmen.

Das Programm ist gemäss Evaluationen gut unterwegs. Der Bedarf nach Beratungen gerade für Umschulungen von Personen über 40, und darum geht es hier in Zeiten des Fachkräftemangels, besteht ganz klar. Es wird nun eingewendet, die kostenlosen Beratungen von Viamia hätten auch gut qualifizierte Personen genutzt, die dies nicht nötig hätten. Hier ist in Erinnerung zu rufen, dass die Zielsetzung von Viamia von Beginn weg nicht auf Personen mit kleinerem Bildungshintergrund oder -rucksack beschränkt war, sondern im Interesse der Förderung des inländischen Fachkräftepotenzials grundsätzlich allen Personen offenstehen soll. Im Zeitalter der Digitalisierung soll allen die Chance geboten werden, für den Arbeitsmarkt fit zu bleiben.

Ein Abbruch der Bundesfinanzierung bereits per Ende 2024 würde die Kantone vor Probleme stellen, dies vor dem Hintergrund bereits aufgebauter Strukturen und laufender Personalverträge. Entsprechend hat auch der Nationalrat hier keine Korrektur vorgenommen.

Für die starke Minderheit, die sich nachher noch zu Wort melden wird, ist es nun an der Zeit, diese doch ausserordentliche Bundesfinanzierung plangemäss bzw. wie ursprünglich geplant bis Ende 2024 zu beenden. Der Bundesrat hatte das selber in der Vernehmlassungsvorlage noch vorgesehen, womit aus Sicht der Minderheit kein falsches Vertrauen in die Weiterführung dieser Finanzierung gesetzt worden ist. Es spielt auch noch die Frage der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen eine Rolle. Kollege Würth wird das nachher noch begründen.

Die Kommission hat sich mit Stichentscheid der Präsidentin für die Unterstützung des Bundesrates und gegen den Antrag der Minderheit Würth entschieden, was ich Ihnen somit beliebt mache. Ich möchte aber noch betonen, dass auch für die Kommissionsmehrheit klar und gewollt ist, dass das Bundesengagement aufhört – die Frage ist nur, ob gleich sofort per Ende 2024 oder auslaufend per Ende 2028.

Würth Benedikt (M-E, SG): Ich bitte Sie, hier um 30 Millionen Franken zu kürzen. Konkret geht es darum – Kommissionssprecher Michel hat es bereits ausgeführt –, die Bundesunterstützung für das Programm Viamia zurückzufahren, sie nicht weiter zu verlängern. Ebenfalls bereits gesagt hat Kollege Michel, dass ich hier die Position übernehme, die der Bundesrat in der Vernehmlassung eingenommen hatte. An dieser Stelle ist es vielleicht noch wichtig, zu sagen, dass es das erste Mal gewesen ist, dass eine BFI-Botschaft überhaupt vernehmfasst wurde – das erste Mal!

In der Vernehmlassung kamen insgesamt 220 Stellungnahmen zusammen. Bei einem 29-Milliarden-Franken-Vorhaben ist klar, dass die allermeisten Stellungnahmen von Mittelempfängern stammen. Ebenfalls klar ist, dass Sie von diesen Mittelempfängern nicht erwarten dürfen, dass sie Kürzungen vorschlagen. Sie schlagen eher das Gegenteil vor, sie sagen, wir müssten die entsprechenden Finanzierungen des Bundes weiterführen. Hierzu führen sie verschiedene gute und weniger gute Argumente an. So ist es auch hier gewesen. Vor allem die Kantone haben gesagt: Nein, wir brauchen diese Mittel weiterhin. Aber eigentlich – und das hat Kollege Michel auch gesagt – war abgemacht, dass der Bund nur bis 2024 mitfinanziert. Der Bundesrat hat nämlich gesagt, dass nun im Grunde genommen genug angeschoben worden sei. Alle 26 Kantone sind an der Arbeit, somit kann sich der Bund grundsätzlich wieder zurückziehen.

Nun, es ist eigentlich klar: Wenn Sie jetzt nicht Nein sagen, dann werden wir in vier Jahren wieder das gleiche Prozedere haben. Und ja, man wird dann sehen, ob der Bundesrat standhaft bleibt, ob er wirklich bei seiner Position bleibt und die Kürzung vorsieht. Ich persönlich habe den Eindruck, dass es wieder sehr viel Druck gibt, dass wieder sehr viele Argumente vorgebracht werden und dass die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass letztlich weiterfinanziert wird. Darum sprechen für mich eigentlich keine Gründe dafür, das jetzt weiterzuführen. Man kann die Bundesfinanzierung stoppen.

Wieso kann man das tun? Klarerweise ist es eine kantonale Aufgabe. Wir reden hier über die Berufs- und Laufbahnberatung. Natürlich, es gab in diesem Parlament Vorstösse, die in diesem Bereich mehr Bundeskompetenzen forderten. Das

AB 2024 S 744 / BO 2024 E 744

wurde aber alles abgelehnt, insbesondere von unserem Rat. Ich bin der klaren Meinung, dass sich diese Aufgabenteilung an sich bewährt hat.

Inzwischen gibt es bekanntlich zwei grosse Projekte, zum einen die Sanierung der Bundesfinanzen in Bern, zum andern das Projekt "Entflechtung 27 – Aufgabenteilung Bund-Kantone", das angeschoben werden soll und für das der Bund und die Kantone das Mandat offenbar bereits erteilt haben. Diese beiden Grossprojekte werden auch gewisse Schnittstellen haben. Dabei ist aber eines sicher: Wenn Sie hier der Minderheit folgen, sind Sie genau in der Spur beider Grossprojekte. Einerseits wird die Aufgabenteilung wieder ins Lot gebracht,





andererseits entlastet sich der Bund als Sponsor einer kantonalen Aufgabe. Ich unterstreiche: einer kantonalen Aufgabe!

Die Standortbestimmungen für Erwachsene sind durchaus etwas Sinnvolles, das bestreite ich nicht. Nach meiner Überzeugung können das die Kantone aber auch selbst organisieren. Dabei können und müssen sie auch faire Spielregeln in Bezug auf die privaten Berufs- und Laufbahnberater beachten. Sie haben dazu ja auch verschiedentlich Post erhalten. Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel des Kantons Graubünden. Hier sind also die Kantone in der Pflicht, mit den Privaten ein Arrangement zu finden.

Schliesslich wurde in der ganzen Auseinandersetzung auch noch versucht, die weitere Bundesförderung mit sozialpolitischen Argumenten zu unterlegen. Aber auch hier zeigen die Evaluationen: Der überwiegende Anteil der Kundinnen und Kunden von Viamia kommt aus wirtschaftlich soliden, keineswegs bildungsfernen Verhältnissen, sodass auch dieses Argument nicht wirklich zieht. Das wurde auch seitens der Verwaltung in der Kommission bestätigt. Nur rund 15 Prozent der Viamia-Kunden haben eine schwache Arbeitsmarktfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund und aus all diesen Gründen bitte ich Sie, der Minderheit zu folgen und diese Kürzung jetzt vorzunehmen. Wenn Sie es nicht tun, werden Sie in vier Jahren ein Déjà-vu haben. Ich glaube, es ist angezeigt, hier nun Klarheit zu schaffen.

Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Chassot Isabelle (M-E, FR): Si j'interviens dans ce domaine, c'est afin de défendre la position des cantons. Ce n'est pour moi pas tellement une question financière, mais une question de méthode: comment des projets sont-ils amenés par la Confédération et ensuite mis en oeuvre par les cantons? Je m'explique: le projet Viamia est né dans le cadre d'un programme de la Confédération pour lutter contre la pénurie de personnel spécialisé indigène. De ce point de vue, il est clair que ce ne sont pas des personnes qui n'ont pas de formation et qui, donc, seraient "bildungsfern", comme vient de le dire notre collègue. Ce projet s'adressait aux personnes de plus de 40 ans.

Lorsque je parle de méthode, j'entends la manière dont la Confédération a préparé le programme. Elle a d'abord élaboré un programme pilote, qu'ont suivi un certain nombre de cantons. Cela ne fait qu'une année que l'ensemble des cantons participe à l'ensemble du projet. C'est là le motif principal pour lequel les cantons demandent, comme la Confédération qui a lancé le programme, d'avoir au moins l'occasion de le mettre véritablement en oeuvre. C'est pour cela que les cantons ne demandent pas ce financement ad infinitum, mais bien pour une période supplémentaire de quatre ans, puisque le programme fonctionne, que les personnes ont été engagées et mises en place et que des conventions ont été passées avec les conseils en orientation privés là où ils existent dans les cantons – parce qu'il n'y en a pas partout.

C'est pour cette question de méthode que je vous propose de poursuivre le soutien du Conseil fédéral au projet tel qu'il est prévu, et par conséquent de soutenir la proposition de la majorité de la commission, ne serait-ce que pour une question de "Treu und Glauben" à l'égard des cantons.

Crevoisier Crelier Mathilde (S, JU): Je vous invite à suivre la majorité de la commission et à ne pas procéder à cette coupe de 30 millions de francs. Comme cela a été dit – je ne vais pas rallonger inutilement le débat –, l'immense majorité des participants et participantes à la consultation a demandé cette hausse qui, je le rappelle, n'était pas prévue initialement par le Conseil fédéral dans son message, mais qui y a été introduite dans la mesure où cela avait été demandé par une écrasante majorité.

Les craintes de notre collègue Würth concernant un prolongement ad aeternum par période de quatre ans ne sont pas fondées. Nous connaissons les réalités financières. Nous avons au contraire plutôt des difficultés à maintenir des crédits qui sont pourtant essentiels. Si vraiment la seule raison qui est invoquée pour refuser est que cela ferait courir le risque que ce financement soit encore prolongé quatre ans de plus après 2028, je crois que ce n'est pas un argument sérieux. Cela a été dit et répété plusieurs fois au cours des débats, il s'agit d'une dernière prolongation. J'ai toute confiance dans nos chambres pour que, si vous le jugez nécessaire, dans quatre ans l'arrosoir soit coupé.

Je vous invite à procéder à cette dernière prolongation, à suivre ainsi l'avis du Conseil fédéral, des cantons et de la presque totalité – en tout cas de la grande majorité – des participants à la consultation.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU): Les cantons se prononcent toujours en faveur de projets s'ils ne doivent pas les financer eux-mêmes. Et si la responsabilité d'un projet est aussi de la compétence des cantons, c'est normalement encore pire. 80 pour cent des coûts sont payés par la Confédération. Un rapport indique que les buts n'ont pas été atteints.

Die beiden Ziele, bildungsferne Menschen zu erreichen und eben auch die Arbeitsmarktfähigkeit älterer Arbeitskräfte zu erhöhen, wurden nicht erreicht. Dies zeigt dieser Bericht von Ecoplan ganz klar. Abgesehen



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



davon könnten die Leute, die dieses Angebot in Anspruch nehmen, es aus der eigenen Tasche berappen, weil sie arbeitsmarktfähig sind und normalerweise eine Stelle haben. Sie lassen sich hier auf Kosten des Kantons und vor allem des Bundes weiterbilden.

Ich sage nicht, dass das Ziel von Viamia schlecht ist, im Gegenteil. Aber wir schaffen hier eine zusätzliche Konkurrenz zu den privaten Anbietern, die es in den Kantonen gibt. Damit machen wir auch eine Verzerrung. Ich bitte Sie wirklich, dem Antrag der Minderheit Würth zuzustimmen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: On parle ici de l'encouragement de projets, qui est important pour le développement de la formation professionnelle. Les moyens que nous avons prévus pour les années 2025–2028 se fondent sur des valeurs empiriques. Ils permettent de soutenir les mesures prises jusqu'à présent, ainsi que des innovations, par exemple dans le domaine de l'apprentissage tout au long de la vie, de la numérisation, mais aussi de l'organisation des Euroskills en Suisse – ce sera à Genève en 2029.

Des augmentations dans ce domaine, comme celles proposées par la minorité IV (Stocker), risqueraient d'accroître le risque de solde de crédit. Nous vous demandons de ne pas suivre cette minorité.

L'offre de bilan professionnel gratuit, dans le cadre de Viamia, pour les adultes de 40 ans et plus, fait partie du paquet de mesures qui a été adopté en 2019 destiné – comme l'a rappelé Mme la conseillère aux Etats Chassot – à encourager le potentiel de main-d'oeuvre indigène. L'évaluation de la phase pilote montre que Viamia a rempli des objectifs importants – peut-être pas tous les objectifs, mais des objectifs importants. L'offre est conçue de manière à répondre aux besoins, et le groupe cible des personnes actives de 40 ans et plus est atteint. En prolongeant le financement fédéral pour les années 2025 à 2028, la Confédération s'assure que les cantons puissent consolider l'offre et la reprendre dans leur structure ordinaire. La Confédération tient aussi compte des expériences faites jusqu'à présent en dialogue avec les cantons. Il s'agit notamment de s'adresser plus directement aux employés peu qualifiés et de prendre en compte les prestataires privés là où il en existe.

Nous vous prions donc de rejeter les propositions de minorité qui demandent des réductions – ce sont la proposition de la minorité I (Stark) et la proposition de la

AB 2024 S 745 / BO 2024 E 745

minorité Würth – à savoir la coupe de 30 millions de francs qui concerne la participation financière de la Confédération à Viamia. Une telle coupe reviendrait à acter un retrait brutal de la Confédération du financement de Viamia, et ceci à partir de 2025.

Monsieur le conseiller aux Etats Würth, j'ai entendu votre appel. Je répète volontiers ici à la tribune ce que j'ai dit au Conseil national: cette fois est vraiment la dernière et toute dernière fois. Cela restera dans le Bulletin officiel – on verra, la prochaine fois, si je suis toujours là pour exhumer cette information. Je pense que vous êtes inquiets de ce que je qualifie de syndrome des programmes d'impulsion. On a vécu cela dans d'autres domaines, par exemple le programme d'impulsion en matière de crèche et garderie; l'impulsion dure encore. Je pense que c'est ce syndrome qui vous fait un peu peur. Je crois que, pour la prochaine fois, le Conseil fédéral a entendu votre message. Après la consultation – cela a aussi été dit par certains d'entre vous –, le Conseil fédéral a décidé que ce serait trop brutal maintenant de se retirer ainsi.

Certains de vos arguments sont pertinents, mais je vous invite à en rester à la proposition soutenue par la majorité de la commission et par le Conseil fédéral.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6728)

Für den Antrag der FK-S/Mehrheit WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6729)

Für den Antrag der FK-S/Mehrheit WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6730)

Für den Antrag der Minderheit WBK-S ... 26 Stimmen

Für den Antrag der FK-S/Mehrheit WBK-S ... 18 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6731)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 160,0 Millionen Franken bewilligt ...

Antrag der Minderheit IV WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 170,0 Millionen Franken bewilligt ...

Art. 4

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Un plafond de dépenses de 160,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité IV CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 170,0 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6732)

Für den Antrag der FK-S/Mehrheit WBK-S ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6733)

Für den Antrag der FK-S/Mehrheit WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6734)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 5, 6

Antrag der FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6735)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Weiterbildung in den Jahren 2025–2028

2. Arrêté fédéral relatif au financement de la formation continue pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

... ein Zahlungsrahmen von 74,0 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Stocker)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





AB 2024 S 746 / BO 2024 E 746

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stocker)

... ein Zahlungsrahmen von 78,4 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Un plafond de dépenses de 74,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Stocker)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stocker)

Un plafond de dépenses de 78,4 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6736)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S/Minderheit II WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6737)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6738)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 16 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6739)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6740)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss über die Finanzierung von Beiträgen an die Kantone für Ausbildungsbeiträge in den Jahren 2025–2028

3. Arrêté fédéral relatif au financement des contributions allouées aux cantons en matière d'aides à la formation pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 103,4 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 103,4 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6741)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6742)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6743)

Für Annahme des Entwurfes ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

AB 2024 S 747 / BO 2024 E 747

4. Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich in den Jahren 2025–2028

4. Arrêté fédéral relatif au plafond de dépenses destiné au domaine des EPF pour les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Abs. 2

Die Jahresanteile betragen:

- Für 2025: 2661,9 Millionen Franken
- Für 2026: 2794,5 Millionen Franken
- Für 2027: 2852,2 Millionen Franken
- Für 2028: 2907,6 Millionen Franken

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 11 601,3 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelrier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le montant des tranches annuelles se répartit comme suit:

- pour 2025: 2661,9 millions de francs
- pour 2026: 2794,5 millions de francs
- pour 2027: 2852,2 millions de francs
- pour 2028: 2907,6 millions de francs

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Stocker, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 11 601,3 millions de francs ...

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Hier rechtfertigen sich einige Worte. Wir haben einerseits die Minderheit II (Stocker), die plus 2 Prozent beantragt. Dazu muss ich keine weiteren Ausführungen mehr machen, das lehnen wir aus bekannten Gründen ab. Dann gibt es die etwas grössere Minderheit I (Wasserfallen Flavia) mit fünf Mitgliedern, einschliesslich des Sprechenden. Diese Minderheit geht weniger weit und möchte den bundesrätlichen Entwurf um 100 Millionen Franken korrigieren. Es geht um dieselbe Aufstockung, die der Nationalrat beschlossen hat. 100 Millionen Franken sind es deshalb, weil der Bundesrat diese Kürzung mit der Reduktion der Reserven der ETH begründet. Die Minderheit I beantragt zusätzlich, in Absatz 2 bei den ETH die Jahrestanchen gleichmässiger zu verteilen. Damit könnte auch ein Zurückfallen des Beitrags im Jahr 2025 um rund 111 Millionen Franken gegenüber 2024 vermieden werden.

Die Mehrheit unserer Kommission lehnt, analog zur Mehrheit der Finanzkommission, auch den Minderheitsantrag I (Wasserfallen Flavia) ab und möchte beim bundesrätlichen Entwurf bleiben. Angesichts des finanziellen Drucks ist es legitim, Reserven als Puffer zu nutzen, um etwa die Schuldenbremse einhalten zu können. Dass das aber nicht wiederholt geschehen kann, ist auch der Kommissionsmehrheit klar. Sie erwartet, dass die Eidgenössische Finanzverwaltung mit den ETH für die Zukunft klärt, nach welchen Grundsätzen und in welchem Umfang welche Reserven gebildet werden dürfen und welche nicht. Ich glaube, hier braucht es – das hat die Kommissionsberatung ergeben – etwas mehr Planungssicherheit. Zur Frage, ob es sich um gebundene oder nicht gebundene Reserven handelt, gab es zwischen den ETH und der Eidgenössischen Finanzverwaltung auch medial eine Auseinandersetzung. Das ist eigentlich unschön.

Wir erwarten hier also für die Zukunft Berechenbarkeit und lehnen, wie gesagt, die Minderheitsanträge ab.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Der ETH-Rat hat ja verschiedene Schwerpunkte und Ziele definiert, damit der ETH-Bereich weiterhin der Schweizer Wirtschaft, der Gesellschaft bestmöglich dienen, international an der



Spitze bleiben und auch zur Lösung der drängendsten Herausforderungen, die wir sehen, beitragen kann. Damit eben die ETH diese Herausforderungen meistern können, haben sie dem Bundesrat einen Zahlungsrahmen von 12,222 Milliarden Franken für diese vier Jahre beantragt. Der Bundesrat hat den Zahlungsrahmen um mehr als eine Milliarde Franken auf 11,116 Milliarden Franken gekürzt. Jetzt reden wir dank meiner Minderheit darüber, ob wir diesen noch um 100 Millionen Franken erhöhen sollen.

Sie können auch den Materialien entnehmen, dass der Bundesrat diese Erhöhung durchaus als gerechtfertigt und auch als notwendig erachtet, um die Ziele, die uns mit den ETH verbinden und die wir gemeinsam verfolgen, erfüllen zu können. Aber die ETH sollen das gemäss Bundesrat aus den eigenen Reserven nehmen. Das ist in mehrerer Hinsicht etwas stossend, etwa deshalb, weil man eine angespannte Finanzlage so löst, indem man Eignerinstitutionen dazu drängt, aus ihren eigenen Reserven Geld zu nehmen. Die Reserven sind ja nicht einfach dafür da, sondern die Reserven sind dazu da, auf Herausforderungen, auf neue Forschungsprojekte reagieren zu können. Es sind lediglich 300 Millionen Franken ungebunden und eben für diese originäre Reservehaltung vorgesehen. Und von daher erachten es der Nationalrat und auch meine Minderheit, die ich Ihnen zu unterstützen vorschlage, als gerechtfertigt, dass wir um diese 100 Millionen Franken erhöhen für die ETH, damit sie eben auch den Handlungsspielraum, die Agilität, die wirklich zentral ist, beibehalten können.

Der Kommissionssprecher hat es angesprochen: Mein Minderheitsantrag will bei Absatz 2 den Gesamtbetrag in vier Jahresanteile aufsplitten, damit eben diese vorgesehene und doch erhebliche Kürzung auf nächstes Jahr von über 100 Millionen Franken aufgefangen und der Betrag etwas geglättet werden kann. Damit es auch hier wieder mehr Planungssicherheit für die ETH gibt, beantrage ich Ihnen bei Absatz 2, den Betrag des Bundesrates plus 100 Millionen Franken einzufügen, was der Fassung des Nationalrates entspricht, und geglättete Jahresanteile festzulegen. Natürlich zählt am Schluss das, was dann im Budget gesprochen wird. Ich danke Ihnen, wenn Sie meiner Minderheit folgen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral a fixé le volume des crédits FRI en tenant compte de la situation financière et en respectant le frein à l'endettement. Le Conseil fédéral est persuadé que le domaine des EPF peut maintenir son excellence avec les moyens financiers prévus

AB 2024 S 748 / BO 2024 E 748

actuellement en définissant des priorités stratégiques et en utilisant de manière ciblée ses réserves financières. De plus, de telles hausses du plafond de dépenses et des crédits d'engagement augmenteraient le risque de "stop and go" et le risque de compensation au détriment d'autres domaines FRI. Ici aussi, nous vous demandons de ne pas fixer de parts annuelles, comme je l'ai déjà dit tout à l'heure, car une telle fixation limiterait de façon inutile la marge de manoeuvre financière pendant la période couverte par le message FRI, dont tous les crédits annuels constituent un ensemble cohérent pour répondre aux exigences du frein à l'endettement. Il faut aussi rappeler que la décision de fixer le budget annuel à l'intérieur du plafond de dépenses vous appartiendra. Pour toutes ces raisons, je vous invite à suivre la majorité de votre commission et à en rester à la proposition du Conseil fédéral.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6744)

Für den Antrag der Minderheit FK-S ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6745)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S ... 16 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6746)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6747)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6748)

Für Annahme des Entwurfes ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

5. Bundesbeschluss über die Finanzierung nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz in den Jahren 2025–2028

5. Arrêté fédéral relatif au financement alloué en vertu de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Poggia, Würth)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Antrag der Minderheit II WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 3100,1 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Poggia, Würth)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 3100,1 millions de francs ...

Graf Maya (G, BL): Erlauben Sie mir, ein paar Ausführungen zu machen. Es ist wichtig, dass wir uns hier Zeit nehmen, gut zu überlegen, wie wir vorgehen. Ich muss ein bisschen ausholen, ich entschuldige mich. Es geht nämlich um ein Konzept, das Sie hier in diesem Bundesbeschluss in den Artikeln 1 bis 4 vorfinden. In diesem Bundesbeschluss geht es nämlich um ein sehr wichtiges Anliegen der kantonalen Hochschulen, unserer Universitäten und unserer Fachhochschulen. Ich beantrage Ihnen mit meiner Minderheit, dem Nationalrat zu folgen.

Es soll innerhalb dieses Bundesbeschlusses kostenneutral eine Umschichtung zugunsten einer Erhöhung der Grundbeiträge für die kantonalen Hochschulen in Artikel 1 um 32,4 Millionen Franken und in Artikel 2, wo es um die Fachhochschulen geht, um 23,5 Millionen Franken erfolgen. Dies ist eine bescheidene Aufstockung der Grundbeiträge von Universitäten und Fachhochschulen von insgesamt 55,9 Millionen Franken, welche aber gezielt erfolgt und eine Wirkung erzielt. Dieser aufgestockte Gesamtbetrag wird dann innerhalb dieses Bundesbeschlusses vollumfänglich bei den Verpflichtungskrediten betreffend die Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen kompensiert. Somit gibt es bei Artikel 3 eine Kürzung um 50 Millionen Franken und bei Artikel 4 eine Kürzung um 5,9 Millionen Franken.

Wir sprechen hier also von einem kostenneutralen Konzept zugunsten der Grundbeiträge für unsere Universitäten und Fachhochschulen. Mit dieser Korrektur beträgt das nominale Mittelwachstum bei den Grundbeiträgen für

AB 2024 S 749 / BO 2024 E 749

Universitäten neu 1 Prozent und bei den Grundbeiträgen für Fachhochschulen neu 1,1 Prozent. Man beachte, dass teuerungsbereinigt ein reales Mittelwachstum von 0 Prozent erfolgt. Man ermöglicht mit dieser Korrektur also zumindest eine Stagnation und verhindert die rückläufige Finanzierung.

Zur Erinnerung: Die Kantone haben in der Vernehmlassung eine Mittelerhöhung bei den Grundbeiträgen für die kantonalen Hochschulen von nominal 2,5 Prozent verlangt. Warum haben sie das gemacht? Es ist neben der Teuerung auch so, dass es eine steigende Studierendenzahl gibt. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis im Jahr 2031 mit einem Wachstum der Anzahl Studierenden an den Schweizer Universitäten um 15 Prozent und an den Fachhochschulen um 13 Prozent. Das ist nur das mittlere Szenario. Der Bundesrat sieht aber in dieser Botschaft für die kantonalen Universitäten ein minimales Mittelwachstum von nominal nur 0,6 Prozent und für





die Fachhochschulen ein Wachstum von nominal 0,7 Prozent vor, und die Mehrheit Ihrer Kommission schliesst sich dem an. Das ist viel zu wenig. Viele Hochschulen wären so mit einer rückläufigen Bundesfinanzierung konfrontiert, und dies bei teilweise ebenfalls unsicherer kantonaler Finanzlage.

Diese fehlende Planungssicherheit bedroht die Handlungsfähigkeit und die Autonomie unserer Hochschulen. Wir dürfen hier wirklich die Qualität nicht gefährden. Daher ersucht uns auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren dringend, wenigstens diese kostenneutrale Umschichtung zugunsten höherer Grundbeiträge für unsere Hochschulen gemäss dem Konzept des Nationalrates vorzunehmen.

Ich möchte gerne noch etwas zur Frage sagen, welche wir auch in unserer Kommission diskutiert haben, nämlich, ob es dem Parlament überhaupt freisteht, innerhalb eines Bundesbeschlusses umzuschichten und die Grundbeiträge zu erhöhen. Ja, es steht dem Parlament frei, den Beitrag des Bundes an die Grundbeiträge zu erhöhen – wie es der Nationalrat beschlossen hat –, um eben auch eine Korrektur innerhalb eines Konzepts vornehmen zu können.

A priori sind diese zusätzlichen Mittel dann nämlich nicht gebunden. Das heisst, das Parlament könnte – das kann es bei jedem Budget, es hat die Budgethoheit – diese in den nachfolgenden vier Jahren auch wieder streichen. Gebunden würden die zusätzlichen 55,9 Millionen Franken nur dann, wenn die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) auf ihren Entscheid vom März dieses Jahres zurückkommen und den höheren Betrag der Referenzkosten beschliessen würde. Der Präsident der SHK ist Herr Bundesrat Guy Parmelin, und es ginge nur mit seiner Zustimmung; ein solcher Entscheid wäre nur dann überhaupt möglich, wenn der Bundesrat zustimmen würde. Wir haben also diese Freiheit, und wir sollten zugunsten unserer kantonalen Hochschulen diese Priorisierung innerhalb des Konzepts kostenneutral vornehmen.

Ich bitte Sie daher, hier gemäss Beschluss des Nationalrates zu entscheiden und meiner Minderheit II (Graf Maya) mit diesem kostenneutralen Konzept zuzustimmen.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Nur kurz, dann kann ich gerade replizieren. Die Kommission lehnte diesen Antrag, der Ihnen jetzt als Antrag der Minderheit II (Graf Maya) vorliegt, mit 7 zu 5 Stimmen ab, also etwas knapper als auch schon.

Der Antrag der Minderheit II hat den Vorteil, dass die Universitäten etwas mehr Spielraum erhalten würden, und das ist ja bei finanzpolitischem Druck eigentlich okay. Weiter ist dieser Antrag in sich kostenneutral und entspricht deshalb auch dem Appell der Finanzkommission, wonach wir, wenn wir aufstocken, den entsprechenden Betrag irgendwo kompensieren. Ich glaube, dieses Prinzip ist hier eingehalten.

Die Mehrheit der Kommission war etwas verunsichert wegen der Ausgabenbindung. Es ist klar, dass diese Mittel im Moment, nur mit Beschluss unseres Rates, nicht gebunden würden, aber unser Beschluss wäre die Vorstufe einer solchen Ausgabenbindung. Die Schweizerische Hochschulkonferenz würde damit quasi eingeladen, die Grundbeiträge zu gebundenen Ausgaben zu machen. Das gäbe dann etwas weniger Spielraum finanzpolitischer Art. Das wollte die Mehrheit der Kommission nicht haben.

Deshalb bitte ich Sie namens der Mehrheit, den Antrag der Minderheit II (Graf Maya) trotz seiner Vorteile abzulehnen.

Stark Jakob (V, TG): Gestatten Sie mir hier, kurz Stellung zum Antrag meiner Minderheit I zu Artikel 3 Absatz 1 zu nehmen. Sie sehen, dass sich die Anträge von denselben vier Minderheiten über insgesamt vier Artikel erstrecken.

Wie Kollegin Maya Graf ausgeführt hat, hat der Nationalrat hier einen wichtigen Entscheid getroffen. Bei Artikel 3 Absatz 1 hat er nämlich den Verpflichtungskredit für Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge von 453,3 auf 403,3 Millionen Franken gekürzt. Weiter sehen Sie, dass der Beitrag gemäss Antrag meiner Minderheit auf 410 Millionen Franken lautet, womit er über jenem gemäss Beschluss des Nationalrates liegt. Mit diesem Manöver hat der Nationalrat gezeigt, dass gerade hier, in Artikel 3 Absatz 1, Spielraum besteht. Es handelt sich um eine sehr starke Erhöhung, die wir zu Recht wieder auf das reale, inflationsbedingte Wachstum, auf eine reale Bestandesgarantie gekürzt haben.

In allen anderen Fällen schliesst sich die Minderheit I dem Entwurf des Bundesrates an. Bei Artikel 3 Absatz 1 würde ich Ihnen jedoch empfehlen, dem Antrag auf 410 Millionen Franken zuzustimmen. Dieser Betrag liegt immerhin noch 6,7 Millionen Franken über dem, was der Nationalrat genehmigen möchte.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Les contributions de base pour les hautes écoles proposées par le Conseil fédéral, en combinaison avec les contributions pour les bâtiments des hautes écoles, les infrastructures de recherche et l'encouragement de projets communs, sont appropriées. Elles sont équilibrées par rapport à l'ensemble du message FRI. Le Conseil national, vous l'avez vu, a décidé d'augmenter les contributions de base et de compenser ces augmentations en diminuant de 50 millions de francs les contributions d'investissements,



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



participations aux frais locatifs et contributions pour des infrastructures communes, ainsi qu'en diminuant de 5,9 millions de francs les contributions liées à des projets. Le transfert de fonds serait donc sans incidence sur le plafond de dépenses, ce qui constituerait un avantage par rapport à une simple augmentation. Cependant, nous attirons votre attention sur le fait que cette opération reviendrait à renoncer aux nouvelles contributions fédérales prévues en faveur des infrastructures de recherche et d'une partie des projets. Les projets sont également touchés par la proposition de votre commission de mettre à disposition au maximum 75 millions de francs pour l'augmentation du nombre de diplômes délivrés en médecine humaine. Là encore, nous vous signalons que la Conférence suisse des hautes écoles devrait, en cas d'adoption de cette proposition, redimensionner, voire retirer certains autres projets déjà planifiés dans le domaine de l'encouragement de la relève, de l'équité des chances ou de la numérisation. Je le dis simplement à titre d'information. En raison des projets et des financements nécessaires auxquels il faudrait renoncer, le Conseil fédéral, dans un souci d'équilibre, vous demande d'en rester à sa proposition et de ne pas suivre le Conseil national.

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Die Abstimmungen gelten auch für Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 sowie Artikel 4 Absatz 1.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6749)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2024 S 750 / BO 2024 E 750

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6750)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK/Minderheit II WBK-S ... 17 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6751)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6752)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Poggia, Würth)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelrier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 2456,0 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Poggia, Würth)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelrier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 2456,0 millions de francs ...

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Adopté selon la proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6753)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Poggia, Würth)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 410,0 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelrier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 470,4 Millionen Franken bewilligt.

Art. 3

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Poggia, Würth)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 410,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelrier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 470,4 millions de francs ...

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Adopté selon la proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6754)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

AB 2024 S 751 / BO 2024 E 751

Art. 4

Antrag der Mehrheit FK-S

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Mehrheit WBK-S

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis

Vom Verpflichtungskredit nach Absatz 1 dürfen zur Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in Humanmedizin, mit Priorisierung von Hausarztmedizin und medizinischer Grundversorgung, höchstens 75 Millionen Franken eingesetzt werden.

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Poggia, Würth)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 132,7 Millionen Franken bewilligt.

Art. 4

Proposition de la majorité CdF-E

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national





Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la majorité CSEC-E

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis

Sur le crédit d'engagement visé à l'alinéa 1, un montant maximal de 75 millions de francs peut être affecté à l'augmentation du nombre de diplômes délivrés en médecine humaine, avec une priorisation sur la médecine de famille et la médecine de base.

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Poggia, Würth)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stocker, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 132,7 millions de francs ...

Abs. 1, 2 – Al. 1, 2

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Adopté selon la proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6755)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2bis – Al. 2bis

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Hier ist die Kommission proaktiv tätig geworden: keine Erhöhung des Gesamtkredites, aber ein neuer Schwerpunkt. Mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat die Kommission entschieden, bei den Hochschulen einen Schwerpunkt für die Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsabschlüsse in der Humanmedizin zu setzen und ihnen einen Betrag von maximal 75 Millionen Franken vorzugeben, dies vor folgendem Hintergrund:

In der Schweiz werden bekanntlich zu wenig Arztpersonen ausgebildet. Wir sind in diesem Bereich besonders stark von der Einwanderung Ausgebildeter angewiesen. Dieses Problem wird sich mit der demografischen Entwicklung noch verschärfen. Vorbild und Vorgängerin für unseren Antrag war die Fachkräfte-Initiative, im



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Rahmen derer der Bund für eine nachhaltige Erhöhung der Anzahl Abschlüsse in Humanmedizin für die Jahre 2017 bis 2020 einen Zusatzkredit von 100 Millionen Franken vorsah. Allerdings stagniert das Wachstum.

Nach Ansicht der Kommission ist nicht der Numerus clausus das Problem, sondern die Anzahl Ausbildungsplätze. Deshalb möchten wir hier eine Priorität setzen. Zwar liegt es an der Schweizerischen Hochschulkonferenz, die Schwerpunkte zu definieren, für die projektgebundene Beiträge gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz zur Verfügung stehen. Sie hat bereits weitgehend ihre priorisierten Projekte definiert, und zwar in den Querschnittsbereichen Digitalisierung, Chancengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie bei der Pflege-Initiative, dies immer unter dem Vorbehalt unserer Parlamentsbeschlüsse, also der Mittelbewilligung.

Nun soll nach Meinung der Kommission ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden, ohne dass dabei der gesamte Kredit erhöht wird. Das bedeutet – und das muss man auch offen sagen – eine Relativierung anderer Projekte, anderer Anliegen, also eine Repriorisierung. Wir laden die Schweizerische Hochschulkonferenz dazu ein. Wie gesagt, sie muss schlussendlich in Respektierung unseres politischen Willens einen Beschluss fassen. Immerhin kann man sagen, dass auch der Bundesrat in seinen strategischen Zielen – man kann das in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 nachlesen – das Ziel der Linderung des Fachkräftemangels generell setzt. Insbesondere im Bereich Gesundheit wird explizit die Umsetzung der Pflege-Initiative erwähnt.

Schauen Sie sich den bestehenden Artikel 4 Absatz 2 an: Das geltende Recht sieht 16 Millionen Franken vor. Nun soll gemäss Artikel 4 Absatz 2bis auch ein Schwerpunkt in der Ausbildung Humanmedizin gesetzt werden. Das ist das Modell: keine Erhöhung des Gesamtkredites, aber ein zusätzlicher Schwerpunkt aufgrund unserer Priorisierung.

Ich bitte Sie, hier der einstimmigen Kommission zu folgen.

AB 2024 S 752 / BO 2024 E 752

Chassot Isabelle (M-E, FR): Je remercie le rapporteur de la commission pour les informations complètes qu'il a données. Je souhaiterais, si vous le permettez, rajouter deux éléments.

L'instrument des contributions liées à des projets est prévu pour allouer des montants pluriannuels à des tâches présentant un intérêt dans le système des hautes écoles et qui sont jugées prioritaires. Le rapporteur de la commission a indiqué quels thèmes ont été jugés prioritaires par la Conférence suisse des hautes écoles. Ces priorités figurent également en partie dans le message. Ce qui n'a cependant pas été fait, c'est la prise en compte d'un élément qui a été pourtant également jugé prioritaire: celui de la pénurie de main-d'oeuvre, notamment dans le domaine de la santé, en particulier celui des soins et de la médecine. Le Conseil fédéral était même allé plus loin dans ses priorités. Si vous examinez l'annexe 1 du message, dans lequel figurent expressément les objectifs de la Confédération pour la prochaine période, et plus particulièrement l'objectif 2 pour les hautes écoles, vous lirez que le Conseil fédéral avait indiqué comme mesure dans le champ d'action l'augmentation durable du nombre de diplômés en médecine humaine et dans le domaine de la santé. Et il est juste et important que nous formions nous-mêmes les futurs médecins, parce qu'aujourd'hui, pour un diplôme que nous délivrons par année, environ 2,5 diplômes de personnes qui viennent de l'étranger sont reconnus. En soi, ce n'est pas encore un gros problème, mais cela peut l'être à long terme si nous voulons couvrir l'ensemble des besoins en médecine, notamment pour ce qui concerne la médecine de famille et la pédiatrie. C'est pour cela qu'il nous est apparu important de donner à la Conférence suisse des hautes écoles la possibilité de revoir le cas échéant ses priorités, puisque certaines y figurent depuis vingt ans – on a beaucoup parlé de prolongation de priorité ce matin dans ce conseil. Vous avez vu par ailleurs que la formulation proposée est potestative. L'objectif est que la Conférence suisse des hautes écoles et les hautes écoles elles-mêmes se posent également la question de leur contribution à la résolution d'un des graves problèmes que nous connaissons au plus tard d'ici vingt ans: le manque de couverture médicale pour les régions, en particulier les régions périphériques de notre pays, où le besoin de relève médicale est criant. Je vous prie donc de soutenir la proposition de la commission.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit WBK-S

Adopté selon la proposition de la majorité CSEC-E

Abs. 3 – Al. 3

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Adopté selon la proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E





Art. 5, 6

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6756)

Für Annahme des Entwurfes ... 39 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

6. Bundesbeschluss über die Kredite für die internationale Zusammenarbeit in der Bildung und für Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschaffende in den Jahren 2025–2028

6. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour la coopération internationale en matière de formation et pour les bourses allouées à des étudiants et artistes étrangers pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag FK-N/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

a. ... ein Zahlungsrahmen von 260,0 Millionen Franken ...

b. ... ein Verpflichtungskredit von 59,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Stark, Poggia)

a. ... ein Zahlungsrahmen von 225,0 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

a. un plafond de dépenses de 260,0 millions de francs ...

b. un crédit d'engagement de 59,4 millions de francs ...



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Proposition de la minorité II CSEC-E

(Stark, Poggia)

a. un plafond de dépenses de 225,0 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6757)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6758)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 17 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6759)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(2 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag FK-N/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 27,5 Millionen Franken bewilligt.

AB 2024 S 753 / BO 2024 E 753

Art. 2

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 27,5 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6760)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)





Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6761)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 40,5 Millionen Franken bewilligt.

Art. 3

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 40,5 millions de francs ...

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Hier haben wir nicht nur die Minderheit Stocker, deren Antrag wir aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnen, sondern wir haben auch den Antrag einer Minderheit der Finanzkommission vorliegen. Ich weiss nicht: Haben Sie diesen zurückgezogen, Herr Kollege Hurni? Wie auch immer, auch wenn er zurückgezogen ist, möchte ich zuhänden des Nationalrates doch noch sagen, dass darin erstaunlicherweise die Kürzung des Nationalrates von 4 Millionen Franken enthalten ist – offenbar aus rein finanzpolitischen Gründen, möglicherweise aus kompensatorischen Gründen. Wir lehnen das ab, wir bleiben also beim Entwurf des Bundesrates.

Und zwar geht es um Stipendien, und diese Stipendien beruhen auf Gegenseitigkeit. Das betrifft Länder mit hochentwickelten Hochschulsystemen, die USA, Kanada, Dänemark. Wenn zum Beispiel amerikanische oder kanadische Studierende kommen, erhalten im Gegenzug auch Schweizer Studierende ein Stipendium in diesen Ländern. Zum Beispiel sind das pro Jahr zehn sogenannte Fulbright-Stipendien. Wir würden exzellente



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Schweizer Studierende beschränken, ausschliessen oder bestrafen, wenn wir hier kürzen würden. Abgesehen davon ist dieser Verpflichtungskredit auch gemäss Entwurf des Bundesrates schon gekürzt worden. Deshalb: Es ist okay, wenn es keine Abstimmung gibt. Aber für die Materialien und für den Nationalrat wollte ich das einfach noch sagen.

Hurni Baptiste (S, NE): Comme je l'ai dit en introduction, nous vous proposons d'adopter un concept, celui du Conseil national. Notre conseil a refusé toutes les augmentations liées à ce concept, qui prévoit également quelques compensations et donc des diminutions. Il s'agit ici d'une diminution. Vous comprendrez que, puisque vous n'avez pas eu la sagesse d'accepter les augmentations, je ne vous ferai pas le plaisir de défendre les diminutions. Je retire ma proposition de minorité.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6762)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6763)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4, 5

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6764)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

7. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 2025–2028

7. Arrêté fédéral relatif au financement des institutions chargées d'encourager la recherche pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 S 754 / BO 2024 E 754

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 5346,2 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

a. für die Aktivitäten des Schweizerischen Nationalfonds

Die Jahresanteile zugunsten des Schweizerischen Nationalfonds betragen:

– Für 2025: 1181,2 Millionen Franken

– Für 2026: 1220,7 Millionen Franken

– Für 2027: 1260,8 Millionen Franken

– Für 2028: 1310,6 Millionen Franken

b. für die Aktivitäten der Akademien der Wissenschaften Schweiz

Die Jahresanteile zugunsten der Akademien der Wissenschaften Schweiz betragen:

– Für 2025: 49,0 Millionen Franken

– Für 2026: 52,4 Millionen Franken

– Für 2027: 55,3 Millionen Franken

– Für 2028: 59,5 Millionen Franken

Antrag der Minderheit III WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

... ein Zahlungsrahmen von 5125,0 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 5346,2 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Wasserfallen Flavia, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Michel Matthias, Stocker)

Adhérer à la décision du Conseil national



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



a. activités du Fonds national suisse de la recherche scientifique

Les parts annuelles versées au Fonds national suisse de la recherche scientifique se montent:

- Pour 2025: à 1181,2 millions de francs
- Pour 2026: à 1220,7 millions de francs
- Pour 2027: à 1260,8 millions de francs
- Pour 2028: à 1310,6 millions de francs

b. activités des Académies suisses des sciences

Les parts annuelles versées Académies suisses des sciences se montent:

- Pour 2025: à 49,0 millions de francs
- Pour 2026: à 52,4 millions de francs
- Pour 2027: à 55,3 millions de francs
- Pour 2028: à 59,5 millions de francs

Proposition de la minorité III CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Un plafond de dépenses de 5125,0 millions de francs ...

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Nur ein Satz: Es sind die bekannten Mehrheiten und Minderheiten. Es gibt dann noch einen Antrag der Minderheit II (Wasserfallen Flavia), der dazwischenliegt. Persönlich habe ich Sympathie dafür, ich habe das deklariert. Aber wenn wir der bisherigen Linie folgen – Mehrheit der WBK und Mehrheit dieses Rates –, dann ist es konsequent, auch hier der Mehrheit der WBK zu folgen und alle Minderheitsanträge abzulehnen.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Sie sehen, dass ich mit meinem Minderheitsantrag dem Nationalrat folgen und den Zahlungsrahmen für die Institutionen der Forschungsförderung, die ja den Schweizerischen Nationalfonds und die Akademien der Wissenschaften Schweiz umfassen, leicht erhöhen möchte. Der Grund ist, dass sie mehr Aufgaben zugeteilt erhalten haben. Es gibt insbesondere eine Zunahme bei den Zusatzaufgaben, ich nenne zum Beispiel die Fortführung und Aufstockung des internationalen Forschungsförderungsprogramms "Funding Large International Research Projects" (Flare) im Bereich der Teilchen- und Astrophysik oder die Fortsetzung bilateraler Programme. Bei den Akademien sind die Lancierung der Swiss Quantum Initiative und das Datenkoordinationszentrum zu erwähnen.

Ich habe bei den vorangehenden Diskussionen und Abstimmungen festgestellt, dass Sie nicht überzeugt sind von meinen Anträgen, was die Aufteilung in vier Jahrestanchen anbelangt. Diese Abstimmung erspare ich Ihnen deshalb. Ich ziehe meinen Minderheitsantrag zurück und schliesse mich dem Antrag der Minderheit der FK-S an.

Entsprechend möchte ich Sie bitten, den Zahlungsrahmen gemäss dem Beschluss des Nationalrates leicht aufzustocken.

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II WBK-S wurde zurückgezogen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Nous avons veillé à assurer l'équilibre du message FRI dans son ensemble. Toutefois, l'encouragement compétitif de la recherche et de l'innovation est légèrement prioritaire. C'est pour cette raison que, dans ce secteur, il existe une croissance supérieure à la moyenne. Dès lors, nous ne voyons pas de nécessité d'accroître encore les moyens correspondants. Compte tenu des exigences du frein à l'endettement, une telle augmentation – je l'ai déjà dit – risque de nous exposer à des "stop and go" à et des compensations dans d'autres domaines FRI. A l'inverse, une réduction des moyens remettrait en question la priorité accordée à ce domaine.

Mme la conseillère aux Etats Wasserfallen a renoncé, si j'ai bien compris, au nivellement des contributions. Je voulais juste souligner que cette croissance irrégulière – vous l'avez dit, Madame la conseillère aux Etats – est due à la "Swiss Quantum Initiative". Au moment où ce sera prêt, il y aura des moyens supplémentaires qui sont liés. C'est pour cela que l'on a ce décalage.

Pour toutes ces raisons, je vous prie d'en rester à la position du Conseil fédéral.





Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6765)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6766)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6767)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III WBK-S ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2024 S 755 / BO 2024 E 755

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6768)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2–4

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6769)

Für Annahme des Entwurfes ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

8. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Tätigkeiten der Innosuisse in den Jahren 2025–2028

8. Arrêté fédéral sur le financement des activités d'Innosuisse pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Abs. 1

... ein Zahlungsrahmen von 1110,0 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Zahlungsrahmen von 1336,3 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 1110,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 1336,3 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6770)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 10 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6771)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6772)

Für Annahme der Ausgabe ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6773)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

9. Bundesbeschluss über die Unterstützung des Bundes für den Schweizerischen Innovationspark ("Switzerland Innovation") in den Jahren 2025–2028

9. Arrêté fédéral relatif au soutien de la Confédération en faveur du Parc suisse d'innovation ("Switzerland Innovation") pendant les années 2025–2028

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Streichen

Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit WBK-S

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker)

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2024 S 756 / BO 2024 E 756

Al. 2

Biffer





Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CSEC-E

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Stocker)

Al. 1,2

Adhérer à la décision du Conseil national

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Diese Beratung betrifft nun die vorhin eigentlich schon geführte Diskussion, und wir haben dort ja eine gesetzliche Grundlage für die Beteiligung des Bundes an den Vorhaltekosten abgelehnt. Jetzt kann man sich fragen: Ja, dürfen wir jetzt ohne gesetzliche Grundlage überhaupt noch 9 Millionen Franken ausgeben? Ich meine, das wäre eine Überstrapazierung des Gesetzes. Die Minderheit wollte eine gesetzliche Grundlage schaffen, diese haben wir jetzt nicht. Konsequenterweise sollten wir jetzt auch die 9 Millionen Franken ablehnen.

Neben den konzeptionellen Gründen, die vorhin diskutiert worden sind, sprechen natürlich finanzpolitische Gründe gegen diesen Antrag der Minderheit. Ich finde auch, es kann nicht sein, dass wir jetzt gemäss den bisherigen Beschlüssen unsere eigenen Institutionen wie die ETH eng halten, in ihre Reserven eingreifen, und hier 9 Millionen Franken für Institutionen lockermachen, die nicht im Kompetenzbereich des Bundes sind.

Deshalb bitte ich Sie, beim Bundesbeschluss 9 beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben und nicht dem Nationalrat zu folgen.

Graf Maya (G, BL): Ich möchte nur kurz erklären, dass das natürlich ein grosses Anliegen der sechs Standortträger ist, die doch zehn Standorte bespielen respektive für unsere Wirtschaft, für Start-ups, bereit machen. Die Standortträger haben uns mitgeteilt – Sie haben das entsprechende Schreiben auch bekommen –, dass ein grosses Problem bestehe, da diese Vorhalteflächen vorfinanziert werden müssen. Das verursacht erhebliche Kosten. Das ist eine Eigenfinanzierung. Es war auch nicht vorgesehen, dass das in solchen Grössenordnungen erfolgt. Die Standortträger kommen gemäss einer Umfrage, die gemacht wurde, auf einen jährlichen ungedeckten Betrag für die Zurverfügungstellung der Vorhalteflächen von über 4,5 Millionen Franken.

Die Grundidee von "Switzerland Innovation" und der politische Auftrag gemäss der Botschaft des Bundesrates lauten, dass diese Vorhalteflächen zur Ausgestaltung und Unterstützung der schweizerischen Innovationspärke freigehalten werden. Man muss sich das folgendermassen vorstellen: In den Innovationspärken müssen voll ausgestattete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das sind z. B. Laborplätze, Spezialräume usw. Das muss alles bereitstehen, damit am Tag X die Start-ups dort ihren Platz einnehmen können. Damit soll der Zweck der Innovationspärke erfüllt werden, die Start-ups sollen Erfolg haben können.

Das sind die Gründe, warum meine Minderheit Ihnen hier gemäss dem Beschluss des Nationalrates eine Aufstockung um 9 Millionen Franken beantragt. Damit sollen diese Vorhaltekosten in der Förderperiode 2025–2028 gedeckt werden können. Denn die schweizerischen Innovationspärke sind eine gemeinsam von Bund, Kantonen, Wissenschaft und Privatwirtschaft getragene Public-Private-Partnership-Initiative von nationaler Bedeutung.

Ich bitte Sie, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Je me concentre juste sur la position des minorités qui suivent l'avis du Conseil national et souhaitent allouer une contribution au Parc suisse d'innovation pour les coûts liés à la mise à disposition de surfaces de réserve. Précédemment, je me suis en particulier exprimé sur la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

Lors du traitement du projet 16 relatif à la LERI, vous avez suivi le Conseil fédéral et avez rejeté l'introduction d'une disposition relative à l'octroi d'un nouvel objet de subventionnement. M. le rapporteur a émis de sérieux doutes quant à l'absence de base légale. Comme il n'existe pas de base légale pour l'octroi d'un soutien financier, même en cas de hausse du crédit, il ne serait pas possible d'allouer une contribution pour les surfaces de réserve.

Pour ces raisons, je vous prie de rester cohérents, de suivre le Conseil fédéral et de rejeter ces propositions de minorité.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6774)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S/WBK-S ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2

Antrag der FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6775)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3–5

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6776)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

10. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung in den Jahren 2025–2028

10. Arrêté fédéral relatif au financement d'établissements de recherche d'importance nationale pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-S

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 S 757 / BO 2024 E 757

Antrag der Minderheit FK-S/Mehrheit WBK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit WBK-S

(Stocker Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

... ein Zahlungsrahmen von 442,7 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-E

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CdF-E/majorité CSEC-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CSEC-E

(Stocker Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Un plafond de dépenses de 442,7 millions de francs ...

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Il m'apparaît important de préciser que la baisse du crédit pour la période 2025–2028, si on la compare à la période précédente, correspond à une baisse en quelque sorte artificielle, étant donné que l'initiative nationale d'encouragement de la médecine personnalisée prendra fin en 2024 et qu'elle ne sera plus financée par la Confédération. Par conséquent, une augmentation, selon nous, ne se justifie pas.

Je vous demande donc de suivre la position du Conseil fédéral et de la majorité.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6777)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit FK-S/Mehrheit WBK-S ... 18 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6778)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-S ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6779)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6780)

Für Annahme des Entwurfes ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

11. Bundesbeschluss über die Kredite für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028

11. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour la coopération internationale dans le domaine de la recherche et de l'innovation pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

.. ein Verpflichtungskredit von 12,9 Millionen Franken bewilligt.

Art. 1

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 12,9 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6781)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-S ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6782)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 2

Dieser Verpflichtungskredit wird um 14,9 Millionen Franken erhöht.

Art. 2

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 2

Ce crédit d'engagement est augmenté de 14,9 millions de francs.

AB 2024 S 758 / BO 2024 E 758

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6783)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-S ... 10 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6784)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Antrag der Minderheit FK-S

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 81,3 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 70,0 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 3

Proposition de la majorité CdF-E/CSEC-E

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité CdF-E

(Hurni, Herzog Eva, Maillard, Zopfi)

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 81,3 millions de francs ...

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 70,0 millions de francs ...

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hurni Baptiste (S, NE): Pour les mêmes raisons que précédemment, comme il s'agissait d'une compensation et que les propositions d'augmentation n'ont pas été acceptées, nous retirons la proposition de minorité Hurni.

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit FK-S wurde zurückgezogen.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6785)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6786)

Für den Antrag der Mehrheit FK-S/WBK-S ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6787)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(1 Enthaltung)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4, 5

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6788)

Für Annahme des Entwurfes ... 40 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(1 Enthaltung)

12. Bundesbeschluss über die Kredite für die Zusammenarbeit in der Raumfahrt in den Jahren 2025–2028

12. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour la coopération dans le domaine spatial pendant les années 2025–2028

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 1642,0 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit I WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 2

... ein Verpflichtungskredit von 28,9 Millionen Franken bewilligt.

AB 2024 S 759 / BO 2024 E 759

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... ein Verpflichtungskredit von 1688,5 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II WBK-S

(Würth, Chassot, Michel Matthias, Mühlemann, Stocker)

Abs. 2

... ein Verpflichtungskredit von 58,0 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2bis

30 Millionen des Verpflichtungskredits gemäss Absatz 2 werden im Rahmen der jeweiligen Budgets im Bereich der Ressortforschung kompensiert.

Art. 1

Proposition CdF-E/majorité CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stark, Mühlemann, Poggia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 1642,0 millions de francs ...

Proposition de la minorité I CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 2

Un crédit d'engagement de 28,9 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Stocker, Crevoisier Crelier, Graf Maya, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 1688,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-E

(Würth, Chassot, Michel Matthias, Mühlemann, Stocker)

Al. 2

Un crédit d'engagement de 58,0 millions de francs ...

Al. 2bis

Sur le crédit d'engagement visé à l'alinéa 2, 30 millions de francs sont compensés dans le cadre des différents budgets dans le domaine de la recherche de l'administration.





Abs. 1 – Al. 1

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6789)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-S ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6790)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 10 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6791)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2, 2bis – Al. 2, 2bis

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Ich äussere mich nicht mehr zur Minderheit I (Stocker) – deren Anträge sind analog zu den bisherigen zu betrachten –, aber zur Minderheit II (Würth). Der entsprechende Antrag wurde in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Es geht um eine Verschiebung. Die Minderheit II will die Mittel für die Programmbeteiligung um 30 Millionen Franken aufstocken. Im Gegenzug, das ist der Auftrag im Antrag, möchte sie die Ressortforschung im gleichen Umfang reduzieren. Der Antrag ist also kostenneutral und möchte parallel zur Beteiligung der Schweiz an den ESA-Programmen die nationalen Aktivitäten stärken, um auch den Technologietransfer im zivilen wie militärischen Bereich zu unterstützen. Die Kommissionsmehrheit ist dem nicht grundsätzlich abgeneigt. Wir erachten diese Verschiebung aber als relativ willkürlich und unvorbereitet. Deshalb beantragen wir Ihnen das Kommissionspostulat 24.3821, "Nationale Massnahmen zur Stärkung des Space-Sektors", zur Annahme. Wir wollen diesen Punkt aufnehmen, und die Beratung wird dann in der Wintersession stattfinden. Wir erachten es als sorgfältig, zuerst eine Auslegung vorliegen zu haben, bevor wir Mittelverschiebungen vornehmen. Das ist die Haltung der Kommission. Das Thema wird also wiederkommen, aber nicht so wie hier, nämlich relativ unvorbereitet. Das ist unsere Begründung dafür, den Antrag der Minderheit II (Würth) abzulehnen. Kollege Würth wird selber noch zu diesem Antrag sprechen.

Würth Benedikt (M-E, SG): Wir sind zwar bei der BFI-Botschaft, aber eigentlich geht es hier um ein wirtschaftspolitisches Zukunftsthema. Herr Bundesrat Parmelin hat letztes Jahr im Rahmen eines Parlamentarierfrühstücks gut dargelegt, wie die neue Weltraumpolitik der Schweiz aussieht. Sie fragen sich vielleicht: Ist die Schweiz eine Raumfahrtation? Das sind wir, ja. Seit Jahrzehnten sind wir bei der ESA dabei. Der Hauptteil dieses Kredits, über 95 Prozent, geht ja auch zur ESA, und mir geht es mit diesem Antrag vor allem um eine Stärkung der nationalen Transmission.

Die Dynamik in diesem Sektor ist enorm. Sie haben das auch schon registriert. Das ist klar, auch weil sich die Eintrittshürden reduziert haben. Die Kosten für Satellitentechnologie sind deutlich gesunken. Die Datenkapazität bei den Satelliten hat sich deutlich erhöht. Viele Anwendungen, die wir im Alltag brauchen, sind eigentlich satellitenbasiert: Navigation, Wettervorhersage, Katastrophenvorsorge und beispielsweise auch Themen wie Klimaschutz können wir nur mit Satellitentechnologie angehen. Es geht nicht nur um die militärischen Nutzungen – das ist auch wichtig –, es geht natürlich vor allem um zivile Nutzungen. Die ganze Angelegenheit, das ganze Thema ist in der Politik bis jetzt vielleicht nur begrenzt angekommen. Beyond Gravity ist ein Stich-



wort, das uns im militärischen Umfeld beschäftigt, und die Frage, wie wir diese Beteiligung steuern, wird in absehbarer Zeit hier sicher auf den Tisch kommen.

Wenn wir in die Welt hinausschauen, dann sehen wir, dass in diesem Bereich enorm viel investiert wird und verschiedene Staaten auch strategische Investitionen lancieren. Aber die Schweiz führt ja keine Industriepolitik, und das ist eigentlich auch richtig so. Wir fokussieren unsere Anstrengungen in die Forschung, in Technologietransfers und wollen in die sogenannten Rahmenbedingungen investieren. Hier knüpft auch der Antrag meiner Minderheit an, denn der Anspruch, den Bundesrat Parmelin an diesem Parlamentarieranlass formuliert hat, ist in erfreulicher Weise höchst ambitiös. Er formuliert nämlich das Ziel: "Die Schweiz positioniert sich als weltweit führender Standort für spezialisierte und innovative Raumfahrtunternehmen." So steht es im Bericht "Weltraumpolitik 2023" des Bundes.

Natürlich kann man jetzt sagen, die Kommission solle sich nicht damit auseinandersetzen und hier keine Schwerpunkte legen. Aber ich glaube, wenn wir diese Aussage, dieses Ziel ernst nehmen, dann sollten wir eigentlich auch konsequenterweise einen Gang höher schalten und die Mittel hier stärker konzentrieren. Wenn Sie der Minderheit folgen, dann kann der Schweserrat das Thema selbstverständlich weiter vertiefen, von mir aus auch den vorgeschlagenen Betrag nochmals überprüfen. Aber ich würde es gut finden, wenn wir hier einmal einen Pflock setzen.

Zum Finanzpolitischen: Mir ist natürlich klar, dass wir die Mittel nicht erhöhen können. Der Berichterstatter hat erwähnt, dass der Antrag kostenneutral ist. Ich habe auch eine Kompensation vorgesehen, konkret in der Ressortforschung. Was

AB 2024 S 760 / BO 2024 E 760

ist Ressortforschung? Das sind die Forschungsaktivitäten der verschiedenen Bundesämter. Diese Mittel, das ist wichtig, werden dem Parlament nicht über die BFI-Botschaft vorgelegt, sondern über das Budget. Sie fragen sich: Ist es vertretbar, hier zu kürzen? Ja, ich bin der klaren Meinung, das ist vertretbar. Lesen Sie die Botschaft auf Seite 210. Dort sind die Zahlen des Programms 2021–2024 und auch die Zahlen des Programms 2025–2028 ausgewiesen. Wenn Sie die beiden Zahlenwerke vergleichen, dann stellen Sie fest, dass wir ein Wachstum von über 11 Prozent zwischen den beiden Programmen haben. Der Bundesrat hat in der Kommission auch gesagt, dass wir bzw. der Bundesrat inskünftig diese Programme finanziell besser steuern wollen. Kurz gesagt, hier kann, hier muss man sogar kompensieren und Schwerpunkte legen.

Wir reden von einem Verpflichtungskredit, das heisst, wir legen Höchstbeträge fest. Indem wir der Minderheit II folgen, geben wir dem Bundesrat die Möglichkeit, seine selbst formulierte Zielsetzung, wonach die Schweiz ein weltweit führender Standort für spezialisierte und innovative Raumfahrtunternehmen werden soll, umsetzen zu können. Er kann uns dann im Rahmen des Budgets präsentieren, wie er hier vorgehen will. Es ist wichtig, da einen Schwerpunkt zu setzen.

Sie fragen sich vielleicht: Ist das vor allem für grosse Unternehmen gedacht? Nein, ist es nicht. Wenn Sie in Ihre Regionen schauen, dann stellen Sie fest, dass wir gerade in diesem Sektor eine erfreulich grosse Zahl von Hightech-KMU haben, von typischen "hidden champions". Es wäre wichtig, dieses Netz mit einer klugen Technologietransferstrategie zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Schweiz ihre Position in diesem Standortwettbewerb halten und ausbauen kann. Mit der Annahme des Antrages der Minderheit II können wir dem Bundesrat helfen, ihn dabei unterstützen, seine selbst formulierte Zielsetzung zu erreichen.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie hier der Minderheit II (Würth) folgen. Wie erwähnt, es ist ein kostenneutraler Ansatz, und es ist ein zukunftsgerichteter Ansatz in einem wichtigen Thema, das uns politisch noch stark beschäftigen wird.

Stocker Simon (S, SH): Ich möchte den Antrag der Minderheit II (Würth) unterstützen. Die Ausführungen dazu hat Herr Würth gemacht. Diese haben mich bereits in der Kommission überzeugt. Der Bundesrat hat eine lange Tradition in der Weltraumpolitik, und er hat auch einen entsprechenden Bericht "Weltraumpolitik 2023" verabschiedet. Ende Jahr kommt das Raumfahrtgesetz in die Vernehmlassung. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass wir die Aktivitäten intensivieren sollten.

Die Frage ist aber nun, ob das Timing ideal ist. Der Kommissionssprecher hat erwähnt, dass es etwas zufällig wirkt. Ich finde eben genau nicht. Ich finde das Timing ideal. Auch hier hat es Kollege Würth ausgeführt: Wir haben den Umstand, dass Professor Zurbuchen, als ehemaliger Direktor der Nasa einer der führenden Köpfe an der ETH, die ETH in diesem Thema auf ein neues Niveau bringen wird; davon bin ich überzeugt. Wir haben ausserdem den Umstand, dass die Ressortforschung aktuell überarbeitet wird. Ich finde das Timing auch deshalb gut, weil wir dann die Überlegungen der Verteilung der Gelder in der Ressortforschung hier einbeziehen können.



Es ist in der Kommission noch die Angst aufgekommen, dass andere Themen innerhalb der Ressortforschung unter den Tisch fallen oder vernachlässigt würden. Weltraumthemen und -forschung haben sehr viele Parallelen auch zur Ressortforschung innerhalb der Departemente wie zu den Themen Energie, Umwelt oder Sicherheit. Ich glaube, wenn wir das einordnen und im Rahmen der Ressorts Verbesserungen anbringen, ist das Timing wirklich ideal.

Ich werde diesen Minderheitsantrag unterstützen und würde mich freuen, wenn Sie dies auch machen.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU): Ich gehe mit Kollege Würth einig, dass der Weltraum auch die Zukunft bedeutet, dass es wirklich ein wirtschaftspolitisches Zukunftsthema ist. Dieses steckt aber momentan total in den Kinderschuhen. Selbstverständlich soll man es so schnell wie möglich erwachsen werden lassen. Wir haben deshalb ja auch einstimmig ein Kommissionspostulat eingereicht und verlangen, dass eben die möglichen zusätzlichen nationalen Massnahmen zur Stärkung des Space-Sektors im Interesse der Unternehmen, der Sicherheit und der Verteidigung dargelegt werden. Das wollen wir alle auch.

Ich bitte Sie, einmal die Zahlen anzuschauen. Wenn man sieht, wie sich die Raumfahrt entwickelt hat, was eben die Zahlen in den letzten vier Jahren anbelangt, dann wird klar, dass diese 28 Millionen Franken, die der Bundesrat vorschlägt, ein Wachstum von über 10 Prozent bedeuten. Der Bundesrat hat hier bereits einen Schwerpunkt gesetzt, und zwar einen klaren, und diesen unterstützen wir auch alle. Wenn man jetzt aber mit zusätzlichen 30 Millionen Franken mehr als eine Verdoppelung macht, dann ist es dasselbe, wie wenn man ein Kind mit wahnsinnig viel Geld überschüttet – es wird deswegen aber nicht schneller erwachsen. Das würde auf Kosten anderer Forschungsbereiche gehen, wo es um Klima, Energie, Verkehr geht; auch diese Bereiche sind wichtig.

Ich bitte Sie also, den Antrag der Minderheit II (Würth) abzulehnen.

Crevoisier Crelier Mathilde (S, JU): Je ne peux que me rallier aux propos de ma collègue Gmür-Schönenberger. En effet, il y a une neutralité des coûts dans cette proposition. Toutefois, pour les autres domaines de la recherche qui devront, eux, faire l'objet de coupes pour compenser ces 30 millions de francs, on ne pourra pas tout à fait parler de neutralité des coûts.

Je rappelle, comme l'a dit le rapporteur, que cette modification est à la fois arbitraire et non préparée. Elle est arrivée de manière assez subite lors de la dernière ronde de discussion au sein de la commission. Nous n'avons pas eu le temps de nous pencher sur les domaines qui seraient concernés par les mesures de compensation de 30 millions de francs. Je crois que les domaines de la recherche et tous les domaines de la formation et de l'innovation qui sont compris dans le message FRI sont concernés par des coupes. Le fait que nous décidions subitement de favoriser l'un des domaines au détriment de tous les autres me semble un peu arbitraire et un peu précipité.

Je vous invite à poursuivre la tendance qui a été observée jusqu'à maintenant, c'est-à-dire celle de suivre le Conseil fédéral, et donc à refuser cette augmentation.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Avec cette proposition, je crois qu'on risque de mettre la charrue avant les boeufs. Une compensation est prévue, c'est donc une opération neutre, comme l'a dit M. le conseiller aux Etats Würth. Mais ce qu'a dit le rapporteur est exact: faire d'abord une analyse factuelle de la situation est préférable – il est préférable pour vous et pour tout le monde de faire cette analyse avant. Un postulat de commission montrera exactement de quoi il s'agit. Le financement concernant le domaine de la recherche de l'administration n'est pas traité dans le cadre de ce message, c'est autre chose. Naturellement, à un moment donné, il faudra procéder à des compensations, mais aujourd'hui, personne ne peut dire dans quel secteur on va compenser. Est-ce que l'on compensera, par exemple, avec le programme Sweeter qui est un programme de recherche dans l'administration qui a trait à l'énergie? Si certains d'entre vous seront plutôt favorables à ceci, d'autres diront que ce n'est pas dans ce domaine qu'il faut le faire, et qu'il faut le faire ailleurs. Il vaut donc mieux avoir une vision d'ensemble.

Les financements correspondants pour la "Ressortforschung" sont soumis au Parlement par les différents services fédéraux concernés dans le cadre de leurs responsabilités propres et de la procédure budgétaire ordinaire. Je crains que la proposition de la minorité II (Würth), pour laquelle on peut avoir de la sympathie étant donné le futur et le fait que la Suisse – comme je l'ai dit et le répète – soit une nation spatiale qui s'ignore, vienne de manière un peu précipitée. Je pense qu'il est prudent de suivre la voie qui a été proposée par la majorité de votre commission, d'en rester au projet du Conseil fédéral et d'attendre que l'on puisse répondre à



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



ce postulat et faire cette analyse. Ensuite, vous pourrez, en toute connaissance de cause, aller de l'avant. Pour toutes ces raisons, je vous invite, malgré tous les aspects séduisants de la proposition de la minorité II, à en rester à la position du Conseil fédéral.

Stocker Simon (S, SH): Es ist eigentlich nicht vorgesehen, dass man nach einem Bundesrat noch einmal spricht, aber ich ziehe den Antrag meiner Minderheit I (Stocker) zugunsten der Minderheit II (Würth) zurück.

Präsident (Caroni Andrea, erster Vizepräsident): Der Antrag der Minderheit I WBK-S zu Absatz 2 wurde zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6792)

Für den Antrag FK-S/Mehrheit WBK-S ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-S ... 14 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6793)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2, 3

Antrag FK-S/WBK-S

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition CdF-E/CSEC-E

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.031/6794)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

9. Bundesbeschluss über die Unterstützung des Bundes für den Schweizerischen Innovationspark ("Switzerland Innovation") in den Jahren 2025–2028

9. Arrêté fédéral relatif au soutien de la Confédération en faveur du Parc suisse d'innovation ("Switzerland Innovation") pendant les années 2025–2028

Art. 1 Abs. 1 – Art. 1 al. 1

Präsident (Caroni Andrea, erster Vizepräsident): Wir kommen auf die Vorlage 9 zurück und stimmen noch über die Ausgabenbremse bei Artikel 1 Absatz 1 ab.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2024 • Vierte Sitzung • 12.09.24 • 08h15 • 24.031
Conseil des Etats • Session d'automne 2024 • Quatrième séance • 12.09.24 • 08h15 • 24.031



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.031/6795)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Präsident (Caroni Andrea, erster Vizepräsident): Die Vorlagen 13, 14 und 15 sind bereit für die Schlussabstimmung. Die übrigen Vorlagen gehen an den Nationalrat zurück.

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte (BBI 2024 900)

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales (FF 2024 900)

Angenommen – Adopté

